

Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen und Scheinursachen innenpolitischer Gewalt

Margit Bussmann / Andreas Hasenclever / Gerald Schneider

1. Einleitung*

Innerstaatliche Gewaltkonflikte haben in den letzten Jahrzehnten die zwischenstaatlichen Kriege als häufigste und opferträchtigste Form der militärischen Auseinandersetzung abgelöst. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich auch die Konfliktforschung intensiver mit Bürgerkriegen und anderen Arten politischer Gewalt im Inneren von Staaten beschäftigt. In diesem Zusammenhang lassen sich unter den Oberbegriffen „Identität“, „Institutionen“ und „Ökonomie“ drei analytische Perspektiven unterscheiden. Sie können auf der einen Seite grob den klassischen Koordinationsmechanismen „Legitimität“, „Interesse“ und „Zwang“ zugeordnet werden. Auf der anderen Seite ermöglicht ihre Verschränkung einen realistischen Blick auf das komplexe Ursachengefüge moderner innerstaatlicher Gewalt. Da die jüngste Forschung sich vor allem mit Bürgerkriegen und damit verknüpften Gewaltformen wie Plünderungen beschäftigt hat, konzentriert sich unsere Evaluation der gegenwärtigen Forschung auf diese Art von militärischer Auseinandersetzung. Wir diskutieren aber auch, ob die drei hier unterschiedenen Kategorien auch für das Verständnis von anderen Gewaltphänomenen wie etwa staatlicher Repression Sinn machen.

Die erste Perspektive in der Literatur zur innerstaatlichen Gewalt konzentriert sich auf kulturelle Konfliktlinien und fragt nach der Relevanz sozialer Identitäten wie beispielsweise der ethnischen Zugehörigkeit oder der Religion (Hasenclever/Rittberger 2000; Kreuzer 2005; Wimmer 2002). Demnach sind kollektive Abgrenzungs- und Überlegenheitsüberzeugungen für den Ausbruch von Bürgerkriegen eine wesentliche Hintergrundbedingung. Sie dienen der Mobilisierung von Gefolgschaft und der Rechtfertigung von Gewalt. Strittig ist, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt gewaltbereite Eliten in der Lage sind, Identitäten zu konstruieren oder zu manipulieren. Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Frage, welche Identitätskonstellation am konfliktträchtigsten ist und welche mit größter Wahrscheinlichkeit zu blutigen Auseinandersetzungen führt (Esteban/Schneider 2008; Schneider/Wiesehomeier 2008). Schließlich

* Wir danken dem Vorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft für seine Unterstützung unseres Sonderheft-Vorhabens und der Deutschen Stiftung Friedensforschung für ihren finanziellen Beitrag, der es uns ermöglichte, im Februar 2008 eine Autorenkonferenz an der Universität Konstanz durchzuführen. Johannes Kleibl und Constantin Ruhe haben uns bei der Redaktion der Beiträge kompetent unterstützt und Datenrecherchen für diesen Beitrag durchgeführt. Wir danken den Autoren dieses Sonderhefts für Kommentare zu einem ersten Entwurf für dieses Einleitungskapitel. Die Arbeiten von Margit Bussmann und Gerald Schneider wurden durch das Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen der Integration“ unterstützt. Zu großem Dank sind wir den Gutachtern verpflichtet, welche die Beiträge kompetent evaluiert haben. Um die Anonymität dieser Kolleginnen und Kollegen zu garantieren, verzichten wir hier auf eine namentliche Aufzählung.

werden Identitätsperspektiven in jüngster Zeit verstärkt mit Ansätzen verknüpft, die politische und ökonomische Diskriminierung für relevante Gewaltursachen halten. Die Frage ist hier, unter welchen Bedingungen der Ausschluss ethnischer oder religiöser Gruppen von den Zentren der Macht und der Wohlfahrt die Gefahr bewaffneter Konflikte erhöht (Cedermann/Girardin 2007; Buhaug et al. 2008; Wimmer et al. 2009). Auch die Frage, inwiefern gesellschaftliche Diversität mit der Verletzung von Menschenrechten in Verbindung steht, ist in diesem Analysezusammenhang zu verorten (de Soysa, in diesem Band).

Im Mittelpunkt der zweiten Erklärungstradition stehen die Institutionen und Ressourcen, die in einem Land oder einer Region das Kräfteverhältnis zwischen der Regierung und potenziellen oder tatsächlichen Rebellengruppen prägen. Viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sehen hier einen starken Zusammenhang zwischen Staatsschwäche und Bürgerkriegsrisiko (Fearon/Laitin 2003). So wird die erhöhte Gewaltanfälligkeit ölreicher Länder auf unterentwickelte öffentliche Infrastrukturen und ineffiziente Regierungsapparate zurückgeführt. Der institutionelle Aspekt findet sich auch in Studien, die das Wechselspiel von Regierungsform und Bürgerkriegsrisiko thematisieren. Diese attestieren eine größere Friedfertigkeit für reine Demokratien und Autokratien, während Staaten mit hybriden politischen Systemen als besonders konfliktträchtig gelten (Hegre et al. 2001). Unstrittig ist dieser Befund jedoch nicht. So bezweifelt Vreeland (2008), dass tatsächlich eine erhöhte Kriegswahrscheinlichkeit für politische Systeme im Übergang besteht. Schließlich wird jüngst staatlicher Interventionismus in der Wirtschaftspolitik mit einem erhöhten Konfliktrisiko in Verbindung gebracht (Steinberg/Saideman 2008).

Ein dritter Analysefokus liegt auf den ökonomischen Ursachen von Konflikten. Zentral sind hier Überlegungen zu den wirtschaftlichen Opportunitätskosten, die bewaffnete Auseinandersetzungen erzeugen. Nach dieser instrumentalistischen Sichtweise wägen Individuen und Gruppen ab, ob sie mit friedlichen Mitteln oder über die Androhung beziehungsweise den Gebrauch von Gewalt ein höheres Einkommen erzielen können. In den letzten Jahren stand dabei die Hypothese im Vordergrund, dass das Vorhandensein leicht ausbeutbarer Ressourcen wie Diamanten oder Öl das Bürgerkriegsrisiko erhöhe. Diese Gefahr droht nach Collier und Kollegen (Collier et al. 2003; Collier/Hoeffler 2004; Collier 2007) deshalb, weil die aus den Rohstoffen generierten Renten es den Rebellen erlaubten, den bewaffneten Kampf zu finanzieren und ein Einkommen zu sichern, das sie mit friedlichen Mitteln nicht erzielen könnten. Die meisten Studien bestätigen darüber hinaus einen negativen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand einer Gesellschaft und ihrem Bürgerkriegsrisiko (Collier/Hoeffler 2004; Hegre/Sambanis 2006; siehe kritisch dazu Besley/Persson 2008). Zudem wird wirtschaftlicher Interdependenz langfristig eine befriedende Wirkung zugesprochen, wenn sich auch kurzfristig durch die Liberalisierung das Konfliktrisiko erhöhen kann (Bussmann/Schneider 2007).

Das vorliegende Sonderheft der *Politischen Vierteljahresschrift* reflektiert die Stärken und Schwächen der unterschiedlichen Erklärungsansätze zu innerstaatlichen Gewaltkonflikten und erkundet die Möglichkeit der fruchtbaren Kombination unterschiedlicher Kausalmechanismen. In Einklang mit dem internationalen Forschungsstand sind die Beiträge thematisch vier Blöcken zugeordnet. Erstens hat sich in den letzten Jahren nach den publizistischen Ergüssen zu Huntingtons (1993, 1996) Kulturkampfhypothese

sen die Diskussion darüber versachlicht, ob ethnische, sprachliche oder religiöse Differenzen eine Ursache oder nicht viel eher ein Attribut der innenpolitischen Gewalt sind; die Papiere, die sich innerhalb dieses Sonderheftes mit identitätsbasierten Konfliktursachen beschäftigen, bezeugen diesen Trend hin zu überprüfbaren Fragestellungen. Zweitens gehen einige Autoren über den ursprünglichen Befund des „Demokratischen Innenpolitischen Friedens“ hinaus und erkunden, wie spezifische politische Institutionen das Kriegsrisiko beeinflussen; auch die These von Fearon und Laitin (2003), wonach mit genügend Ressourcen ausgestattete Regierungen eher den Frieden bewahren können als geschwächte Exekutiven, findet in diesem Heft eine kritische Würdigung. Innerhalb eines dritten Themenblockes evaluieren einige Autoren, welcher Stellenwert den ökonomischen Ursachen innenpolitischer Gewalt zukommt. Einige Aufsätze erproben schließlich in einem vierten und abschließenden Teil des Sonderheftes, wie tragfähig Versuche sind, zwischen den unterschiedlichen Denkrichtungen Brücken zu schlagen. In diesem Zusammenhang kommen auch einige neuere Forschungsdesigns zum Einsatz, da der Blickwinkel in der empirischen Forschung weg vom Nationalstaat als Untersuchungseinheit hin zu kleineren Aggregaten wie einzelnen Gruppen oder Gruppendyaden geht. Dies setzt aber voraus, dass in diesen Auseinandersetzungen tatsächlich die kleineren Einheiten die entscheidenden Akteure sind.

In dieser Einleitung stellen wir den Forschungsstand zur Erklärung von innenpolitischer Gewalt vor. Wir beschäftigen uns dabei für alle vier der genannten Themenblöcke mit den theoretischen Grundlagen und untersuchen, ob die derzeitige Forschung überzeugende Kausalmechanismen entwickelt hat. Zugleich präsentieren wir für alle Bereiche die Hauptergebnisse der empirischen Tests. Dies führt zu einer generellen Diskussion darüber, welche Methoden und Forschungsdesigns bei den Studien zur innenpolitischen Gewalt eingesetzt werden und welche Grenzen diesen Ansätzen innewohnen. Der Artikel stellt anschließend die verschiedenen Beiträge dieses Sonderheftes einzeln vor und verortet diese innerhalb der thematischen und methodologischen Kategorien, die wir zur Bewertung des Forschungsstandes entwickeln. Wir schließen mit einer Diskussion darüber, wie sich die Forschung zum breiten Thema der innenpolitischen Gewalt in den nächsten Jahren entwickeln könnte.

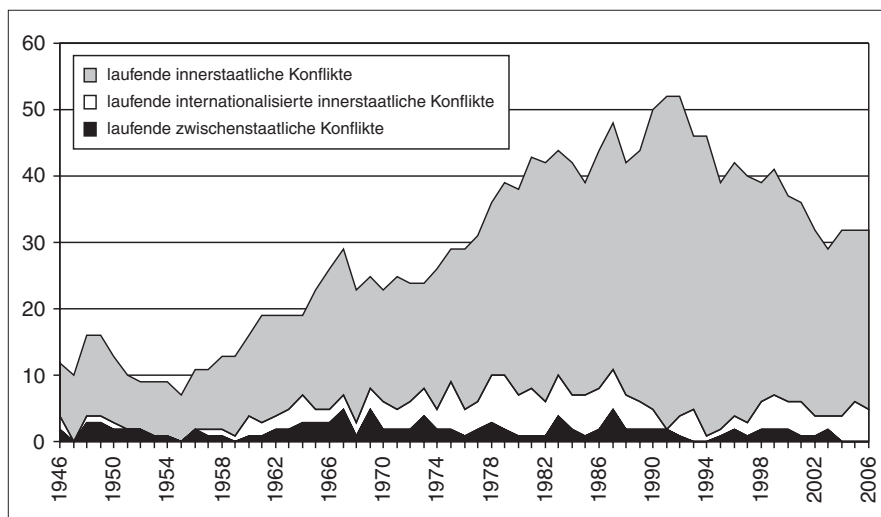
2. Forschungsstand

Die Konfliktforschung hat international wie auch im deutschsprachigen Umfeld in den letzten Jahren nachhaltigen Auftrieb erhalten. Zum einen sind dafür theoretische wie methodische Weiterentwicklungen verantwortlich, die die Konfliktforschung, seit den 1970er Jahren ein eher innovationsresistentes Feld der Politikwissenschaft, zu einem der fortschrittlichsten Forschungsfelder der Sozialwissenschaften gemacht haben. Dies äußert sich in theoretischen (z. B. Fearon 1995) und methodischen Innovationen (z. B. Beck et al. 2000). Die gewachsene Bedeutung des Analysegebietes ist zum anderen natürlich auf die veränderte Bedrohungslage und die gewandelte Wahrnehmung der Sicherheitsprobleme zurückzuführen. Während nach dem Ende des Kalten Krieges zunächst weite Teile der Bevölkerung auf eine durchgreifende Befriedung der Welt hofften, machten einzelne gewaltsame Ereignisse, wie der Genozid in Ruanda oder die Bürgerkriege in Ex-Jugoslawien, solchen Optimismus schnell zunichte.

Die liberalen Friedenshoffnungen hätten eigentlich schon früher einer kritischen Revision bedurft. So wuchs die Zahl der Bürgerkriege seit den 1970er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich an, um sich in den letzten Jahren nach einem Rückgang auf immer noch hohem Niveau zu stabilisieren. Collier und seine Koautoren sprechen in diesem Zusammenhang zu Recht von einer „Konfliktfalle“, in der sich auch heute besonders viele Entwicklungsländer befänden (Collier et al. 2003). Im Jahr 2007 waren in Asien acht und im Afrika südlich der Sahara neun Bürgerkriege im Gange (Harboom/Wallensteen 2008). Viele dieser Konflikte brachen Jahrzehnte vorher aus und sind durch einen enorm hohen Blutzoll gekennzeichnet, besonders auch in der Zivilbevölkerung. Dazu kommt, dass verschiedene Länder über Jahrzehnte ein deutlich erhöhtes Risiko in sich tragen, ein zweites oder drittes Mal zum Schauplatz von heftiger innerstaatlicher Gewalt zu werden. Da es sich dabei oft um Auseinandersetzungen innerhalb derselben Gruppensyade, wie etwa jener zwischen den ruandischen Hutu und Tutsi, handelt, ließe sich das Konzept der Rivalitäten, das Diehl/Goertz (2000) und andere entwickelt haben, mit Gewinn auf die Bürgerkriegsforschung übertragen.

Wie sich die innenpolitische Gewalt in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, zeigt *Schaubild 1* für die Zahl bewaffneter Konflikte zwischen 1946 und 2006. Es beruht auf dem Uppsala-PRIO-Datensatz, der sich zur Standardreferenz in der quantitativen Konfliktforschung entwickelt hat und der auch eine europäische Alternative zum *Correlates of War*-Datensatz bietet.¹ In Einklang mit den Kategorien des Uppsala-PRIO-Datensatzes unterscheiden wir zwischen innerstaatlichen, zwischenstaatlichen

Schaubild 1: Zahl der Konflikte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs (Uppsala-PRIO-Datensatz)



¹ Alternative Datensätze, die in der internationalen Forschung zur innenpolitischen Gewalt Verbreitung finden, stammen von Fearon (vgl. Fearon/Laitin 2003) sowie Sambanis (vgl. Hegre/Sambanis 2006).

und internationalisierten inneren Konflikten. Die verschiedenen Konflikt-Datensätze unterscheiden sich konzeptuell eigentlich nur in der Anzahl der mit Kämpfen verbundenen Todesopfer, die ein gewaltsamer Konflikt überschreiten muss, um als „Krieg“ zu gelten. Der Uppsala-PRIO-Datensatz legt diesen Schwellenwert mit 25 Toten pro Jahr für die „kleineren“ bewaffneten Auseinandersetzungen relativ niedrig.

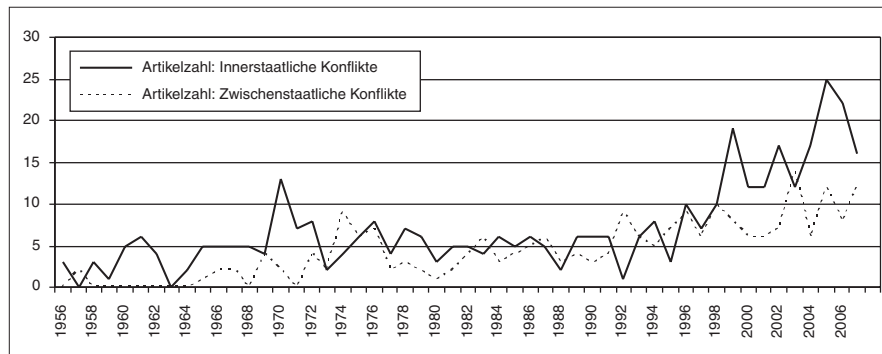
Die Grafik bestätigt, dass die Mehrzahl der Konflikte in der Nachkriegszeit innenstaatlicher Natur sind und dass sich diese Tendenz besonders nach dem Ende des Kalten Krieges akzentuiert hat; 2007 war sogar das vierte Jahr in Folge, während dem kein innerstaatlicher Konflikt neu auftrat (Harbom/Wallensteen 2008). Die Zahl der Opfer, die bei diesen Kriegen zu beklagen waren, folgt einer ähnlichen Entwicklung; so ist die Zahl der direkten Opfer von militärischen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren gesunken (Lacina/Gleditsch 2005).

Diese Statistiken berücksichtigen bis jetzt jedoch noch nicht den Blutzoll, den die Bevölkerung allgemein für militärische Auseinandersetzungen zu bezahlen hat. Generell ist eine hohe Zahl an zivilen Opfern in Bürgerkriegen zu beklagen. Dies gilt für die militärischen Konflikte in Afrika, aber etwa auch für die Massaker im immer noch russischen Tschetschenien oder in Bosnien. So starben allein im Kongo 3,9 Millionen Einwohner zwischen 1998 und 2004 an den direkten oder indirekten Folgen des Bürgerkrieges (Coghlan et al. 2006). Während der 30 Jahre dauernde Bürgerkrieg im Süden Sudans rund 2 Millionen Opfer forderte, lag die Zahl der Toten beim ähnlich lang anhaltenden Konflikt in Angola bei 1,5 Millionen Toten (Lacina/Gleditsch 2005). Erst in den letzten Jahren sind die langfristigen gesellschaftlichen Auswirkungen von Kriegen ins wissenschaftliche Interesse gerückt. So ließ sich zeigen, dass Kriege die Lebenserwartung auch von jenen verkürzen, die der direkten Gewalt entfliehen konnten (Ghobarah et al. 2003). Besonders die Lebenserwartung von Frauen reduziert sich dadurch zum Teil drastisch (Plümper/Neumayer 2006).

Angesichts der Verschiebung weg von zwischenstaatlichen Kriegen und hin zu innenstaatlichen Auseinandersetzungen ist es nicht verwunderlich, dass sich auch die universitäre Forschung vermehrt dem Phänomen der innenpolitischen Gewalt zugewandt hat. *Schaubild 2* kontrastiert die Zahl der Artikel, die zu dem Thema Bürgerkrieg seit 1956 im SSCI in den sozialwissenschaftlichen Journalen erschienen sind, mit den entsprechenden Angaben für zwischenstaatliche gewaltsame Auseinandersetzungen.

Schaubild 2 zeigt deutlich, dass seit Mitte der 1990er Jahre praktisch in jedem Untersuchungsjahr die Zahl der Artikel zu Bürgerkriegen das Interesse an zwischenstaatlichen Konflikten überragte. Viele dieser Studien waren allerdings sehr empirisch orientiert. Noch heute fehlt es an starken Theoriegebäuden, wie sie für die Erklärung von zwischenstaatlichen Konflikten seit den 1990er Jahren etwa durch Fearon (1995), Powell (1999) oder jüngst Wagner (2007) errichtet wurden. Die in den Theorien der Internationalen Beziehungen geführten Meta-Diskussionen, wie der Disput zwischen realistischen und liberalistischen Ansätzen, haben eine tiefer gehende Beschäftigung mit innenstaatlichen Konflikten lange Zeit verhindert. In der Vergleichenden Politikwissenschaft bestanden, etwa über die Werke von Gurr (1970) und Horowitz (1985), zwar bedeutende Vorarbeiten zum Verständnis von gewaltsamen innenpolitischen Konflikten. Doch gleichzeitig standen diese Beiträge nicht im Zentrum der komparativistischen Theoriendebatten. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die konzeptionelle

Schaubild 2: Zahl der sozialwissenschaftlichen Artikel in SSCI-Journalen zu innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten²



tuelle Entwicklung der Bürgerkriegsforschung im letzten Jahrzehnt stark durch empirische Grundlagenarbeiten geprägt war.

Auch in Deutschland nimmt sich die politikwissenschaftliche Forschung wieder vermehrt der innenpolitischen Gewaltform an, nachdem in den frühen 1990er Jahren das Interesse an der Konfliktforschung stark zurückgegangen war und die akademische Aufmerksamkeit vorwiegend tatsächlichen oder vermeintlichen „Schönwetterphänomenen“, wie den vielfältigen Formen der zwischenstaatlichen Kooperation gegolten hatte (Fach/Simmonis 2000). In den deutschsprachigen Zeitschriften, die im Web of Knowledge indiziert sind, wurden zwischen 2003 und 2007 insgesamt 54 Artikel publiziert, die das Stichwort Krieg im Titel führten, während es zwischen 1993 und 1997 deren 28 Papiere waren.³ Zwischen 1996 und 2006 veröffentlichten Forscher, die an deutschen Universitäten tätig sind, insgesamt 163 Papiere zum Thema bewaffnete Konflikte in Zeitschriften, die im SSCI gerankt sind. Damit nimmt Deutschland in der Liga der Forschernationen auf diesem Gebiet weltweit den vierten Rang ein. Anzumerken ist allerdings, dass die deutsche Konfliktforschung wenig effizient ist, wenn man die Zahl der Zitationen pro Papier berücksichtigt. In dieser Rangliste belegt Deutschland unter den 20 rangierten Ländern den letzten Platz mit 1,5 Zitationen pro Papier, weit hinter dem Tabellenführer Norwegen mit einem Wert von 7,7.⁴

Die breiteste Beachtung finden in der internationalen Bürgerkriegsforschung dabei Artikel, die gleichsam paradigmatisch einzelne theoretische Argumente in die Diskussion einführten. Als beispielhaft für den institutionalistischen Ansatz können etwa Fea-

² Die Jahreszahlen beziehen sich auf SSCI-gelistete Artikel, bei denen das Wort „Bürgerkrieg“ oder ein damit verwandter Begriff im Titel erschien. Die Suche erfasste alle Zeitschriften in den Disziplinen Politikwissenschaft, Ökonomie, Soziologie und Internationale Beziehungen.

³ Diese Berechnungen am ISI Web of KnowledgeSM wurden am 28.2.2008 durchgeführt.

⁴ Diese Angaben sind dem ESI Special Topic „Armed Conflict“ entnommen (<http://www.esi-topics.com/armed-conflict/index.html>, 30.7.2008). Bei der Zahl der Artikel führen die USA, England und Kanada die Tabelle mit 2 670, 580 und 187 Papieren an. In der absoluten Zitationsanzahl trumpfen die USA (15 435), England (1 156) und Norwegen (539) auf. Unter den anderen deutschsprachigen Ländern taucht die Schweiz mit 36 Artikeln und einer durchschnittlichen Zitationshäufigkeit von 2,56 pro Papier auf, Österreich hingegen nicht.

ron und Laitin (2003) und Hegre et al. (2001) gelten, während Collier und Hoeffler (1998, 2004) in zwei viel zitierten Beiträgen ihr Argument entwickelten, dass ökonomische Anreize eine der Haupttriebfedern für diese Form der politischen Gewalt seien. Zu den viel zitierten neueren Artikeln, in denen die Gruppenidentität und -stärke als zentrale Konzepte hervorgehoben werden, gehört Reynal-Querol (2002; siehe auch Montalvo/Reynal-Querol 2005). Im Folgenden stellen wir die in diesen zentralen Beiträgen entwickelten Argumente vor und diskutieren, wie die aktuelle Forschung auf diese theoretischen Postulate und die damit verknüpften empirischen Befunde reagiert hat.⁵ Anzumerken ist dabei, dass die besonders prominent rezipierten Beiträge von Forschern stammen, die zumeist der modernen Politischen Ökonomie verpflichtet sind. Was sich abseits dieses Grenzbereiches der Politikwissenschaft und der Volkswirtschaftslehre beispielsweise in der anthropologischen Konfliktursachenforschung an neuen Erklärungsmustern ergeben hat, lässt sich im Rahmen dieses Überblicks nicht adäquat darstellen. Auf alle Fälle ist es für die neue Konfliktursachenforschung bezeichnend, dass einige ältere methodologische Debatten wie die Auseinandersetzungen zwischen quantitativen wie qualitativen Zugangsweisen kaum eine zentrale Rolle mehr spielen. Was sich vielmehr abzeichnet, ist ein Konsens darüber, dass es unterschiedlicher Zugangsweisen bedarf, um das vielschichtige Phänomen der innenpolitischen Gewalt analytisch in den Griff zu kriegen. Dieses Sonderheft zeigt, dass dieser Pluralismus nicht zum Nebeneinanderstehen von unterschiedlichen Ansätzen, sondern zum intensiven Diskurs zwischen unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Positionen führen kann.

Ethnische oder religiöse Identitäten: In innerstaatlichen Konflikten bekämpfen sich nicht unitarische Akteure mit unvereinbaren Interessen, sondern Gruppen (Cedermann/Girardin 2007; Gurr 2000; Stewart 2005). Sie bilden exklusive soziale Systeme mit ausgeprägten kollektiven Identitäten und starker Abgrenzung gegenüber dem Gegner (Esteban/Schneider 2008). Ist eine Konfliktlinie genügend aufgeheizt, nimmt die Mehrzahl der Gruppenmitglieder Identitätsdifferenzen als real wahr. Fearon und Laitin (2000: 846) sprechen in diesem Zusammenhang auch von einem „alltäglichen Primordialismus“. Gewalt richtet sich dann gegen eine fremde Gruppe, deren Mitglieder als feindlich oder sogar böse identifiziert werden (Kreuzer 2005: 295; Stewart 2005: 187).

Während klar ist, dass die Mehrzahl aller Bürgerkriege entlang ethnischer oder religiöser Frontlinien geführt wird und in diesem Sinne eindeutig eine Identitätsdimension hat (Esteban/Ray 2008a; Fearon 2004; Wimmer 2004), bleibt strittig, welche Rolle diesen Unterschieden bei der Eskalation von Konflikten hin zum Einsatz von Gewalt tatsächlich zukommt. Denn es ist auch bekannt, dass sich nur ein Bruchteil aller Identitätsgruppen in der Welt bekämpft (Brubacker/Laitin 1998: 424; Fearon 2006: 857; Østby 2008: 147) oder dass Repression primär von Identitätsdifferenzen erzeugt wird (de Soysa, in diesem Band). Außerdem wissen wir, dass soziale Identitäten nicht unveränderlich sind, sondern durchaus wandel- und manipulierbar (Wimmer 2008; Wolff 2006: 6). Die Literatur nennt zahlreiche Fälle, in denen Eliten ethnische oder religiöse

5 Der bis Ende Juni 2008 am häufigsten zitierte Artikel zum Suchstichwort „Civil War“ war Fearon und Laitin (2003) mit 218 SSCI-Zitationen, gefolgt von Collier und Hoeffler (1988) mit 143, Hegre et al. (2001) mit 115 und Collier und Hoeffler (2004) mit 100 Zitationen.

Identitäten konstruieren oder letztere sogar erst im Zuge inszenierter Gewalt an Bedeutung für die Konfliktparteien gewinnen (Kreuzer 2005: 295; Posner 2004: 850). Schließlich gilt es zu berücksichtigen, dass soziale Identitäten so gut wie nie im Singular vorkommen. Gesellschaften sind dadurch gekennzeichnet, dass sich Identitäten überlagern und dass sich in der Regel erst im Zuge von Eskalationsprozessen polarisierte Strukturen entwickeln (Chandra/Wilkinson 2008; Posner 2004). Dabei kommt es immer wieder vor, dass die soziale Entfernung zwischen Gruppen, die sich als ethnisch oder religiös unterschiedlich wahrnehmen, nicht besonders groß ist (Wolff 2006: 54).

Da ethnische oder religiöse Differenzen nicht aus sich heraus und notwendigerweise das Gewaltisiko von Gesellschaften erhöhen, müssen Kontexte benannt werden, in denen Identitäten ihre grausame Kraft entfalten. Nach wie vor sehr plausibel sind hier die Überlegungen von Gurr (zuletzt 2007: 136-150). Demnach müssen sich Gruppen als benachteiligt wahrnehmen und entsprechend politisch mobilisierbar sein. Sie müssen eine hohe innere Kohärenz aufweisen und die Erfolgchancen friedlichen Protestes für gering einschätzen. Gleichzeitig müssen sie bewaffnete Strategien für zielführend halten. In diesem Zusammenhang spielt auch die internationale oder transnationale Unterstützung eine wichtige Rolle. Darüber hinaus ist zu untersuchen, ob es unterschiedliche Identitätstypen und -konstellationen gibt – wie beispielsweise mehr oder weniger politisierte ethnische Identitäten, religiöse Differenzen, oder ausgeprägte Geschlechterhierarchien innerhalb einer Gruppe –, die besonders gewaltbereit oder anfällig sind. Schließlich wären die Kausalmechanismen zu erfassen, die dafür verantwortlich sind, dass ethnische und religiöse Unterschiede konfliktrelevant werden und das Gewaltisiko politischer oder ökonomischer Auseinandersetzungen beeinflussen.

Aus *theoretischer Perspektive* werden in der Forschung mehrere Argumente diskutiert, die Identitätsdifferenzen mit Gewaltkonflikten in Zusammenhang bringen. In der einen oder anderen Form stehen dabei immer gruppensoziologische Überlegungen im Vordergrund, die darauf hinauslaufen, dass ethnische oder religiöse Gruppen besonders leicht für Gewalt zu mobilisieren sind, dass die Opferbereitschaft ihrer Mitglieder besonders hoch ist oder dass sie sich besonders eindeutig von anderen Gruppen abgrenzen lassen und damit die Rechtfertigung von Gewalt besonders leicht machen. So gehen beispielsweise Fearon (2006) und Posner (2004) davon aus, dass ethnische Gruppen, die sich im Wesentlichen über eine gemeinsame Herkunft definieren und deshalb im weitesten Sinne als Verwandtschaftsverbände zu begreifen sind (Chandra/Wilkinson 2008), in ökonomischen oder politischen Krisenzeiten natürliche Solidargemeinschaften bilden, die über ein hohes Sozialkapital verfügen. Das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Loyalität von Gruppenmitgliedern ist vergleichsweise hoch und die Kommunikation zwischen ihnen relativ einfach. Dies führe zu Abgrenzungsprozessen und zur Aufwertung der eigenen Ansprüche.

Ein verwandtes Argument haben Bates (1983), Fearon (2006) und Posner (2004) entwickelt. Sie meinen, dass die Grenzen ethnischer oder religiöser Gruppen relativ undurchlässig sind und sie sich deshalb in politischen Konflikten besonders gut zur Bildung so genannter „minimum winning coalitions“ eignen. Dabei hänge die Wahl des ethnischen Referenzrahmens oftmals von der benötigten Größe dieser Koalitionen ab. Die Gruppenbildung ist damit politisch determiniert. In dem Augenblick aber, in dem sie sich als ethnische Gruppe konstituiert hat, ist sie eine besonders potente Konfliktpartei aufgrund der oben genannten Mechanismen.

Nach Überzeugung von Gurr (2000), Horowitz (1985) und Petersen (2002) wiederum gehen ethnische oder religiöse Zugehörigkeiten mit ausgeprägten kollektiven Deutungsmustern und starken emotionalen Bindungen einher. Diese Deutungsmuster und Bindungen sind nur begrenzt erzeug- und manipulierbar. Deshalb formuliert Gurr (2007: 143) an einer Stelle überspitzt, dass jede Bevölkerung die Elite bekomme, die sie verdiene, und fügt hinzu: „Skillfull leaders can strengthen existing group ties and provide a greater awareness of shared interests, but they cannot create them.“ Die Kombination aus Deutungsmustern und emotionaler Bindung löst dann nicht nur die bekannten In-Group-Out-Group-Prozesse aus, sondern sie setzt in Konflikten auch heftige Aggressionen frei. So zeigt beispielsweise Petersen (2002) anhand einer Reihe osteuropäischer Fälle, wie Gruppen auf der Grundlage ethnischer Marker und starker Ressentiments feindliche Gruppen identifizieren und angreifen, ohne dass dies im Vorfeld geplant oder organisiert worden wäre. „Emotions can substitute for leadership“ (Petersen 2002: 4).

Die Befunde der *quantitativen Forschung* sind bislang widersprüchlich und wenig robust. Mehrere Studien konnten keinen Einfluss ethnischer oder religiöser Unterschiede auf das Bürgerkriegsrisiko von Gesellschaften feststellen (Collier/Hoeffler 2004; Fearon/Laitin 2003; Hegre/Sambanis 2006). Vielmehr erwiesen sich immer wieder ökonomische und politische Variablen als ausschlaggebend. Oder anders formuliert: Die Gewaltanfälligkeit von Gesellschaften auf ähnlichem Wohlstandsniveau scheint unabhängig von spezifischen Identitätskonstellationen zu sein. Die Tatsache, dass viele Bürgerkriege dennoch zwischen Konfliktparteien ausgetragen werden, die sich in ethnischer oder religiöser Hinsicht unterscheiden, hat dann mit Opportunitätsüberlegungen von Eliten zu tun, die sich die oben beschriebenen Mechanismen zu Nutze machen, ohne sich ihnen zu unterwerfen. Mit dieser Argumentation lässt sich auch erklären, warum Menschenrechtsverletzungen in bestimmten Identitätskonstellationen wahrscheinlicher sind als in anderen (de Soysa, in diesem Band).

Einige Studien legen nahe, dass ethnische und religiöse Bürgerkriege von der Tendenz her außergewöhnlich lange dauern (Fearon 2004) und Konflikte schneller eskalieren, wenn sich ethnisch oder religiös verschiedene Parteien gegenüberstehen (Roeder 2003; Tuscisny 2004). Schließlich können Wiesehomeier, Schneider und Braun in diesem Band zeigen, dass reichere Länder, die entweder ethnisch fraktionalisiert sind oder von einer ethnischen Gruppe dominiert werden, ein ungewöhnlich hohes Bürgerkriegsrisiko im Vergleich zu anderen reichen Ländern tragen. Dies ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil die Anfälligkeit für bewaffnete Konflikte in reichen Ländern generell sehr gering ist. Wenn sich hier ein Zusammenhang zwischen ethnischer Struktur und dem Risiko innerstaatlicher Gewaltkonflikte nachweisen lässt, dann kann vermutet werden, dass dieser Mechanismus auch in Ländern mit niedrigerem Einkommen wirksam ist, aber hier von anderen Faktoren überlagert wird.

Die uneinheitlichen Ergebnisse der verschiedenen Studien werden in der wissenschaftlichen Debatte nicht zuletzt darauf zurückgeführt, dass die Qualität der Daten keine überzeugenden Schlüsse zulasse (Cederman/Girardin 2007; Chandra/Wilkinson 2008; Posner 2004). Sowohl der oft verwendete ELF-Index als auch der Datensatz von Fearon (2003) beruhen auf veraltetem Material und ignorieren, dass Ethnizität ein kollektives Phänomen ist und deshalb mit Daten zur ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit von Individuen nicht zu erfassen ist. Darüber hinaus spiegeln sie die Mehr-

dimensionalität und Dynamik ethnischer Sozialstrukturen nicht angemessen wider. Schließlich fehle in vielen Studien ein theoretisches Modell, das die Sammlung und Auswertung von Daten zur ethnischen und religiösen Zusammensetzung von Gesellschaften anleiten könne (Cederman/Girardin 2007).

Vor diesem Hintergrund wurden in jüngster Zeit vermehrt Anstrengungen unternommen, „politisch relevante ethnische Gruppen“ (Posner 2004) zu identifizieren, um dann zu analysieren, ob die Diskriminierung solcher Gruppen einen Einfluss auf das Gewaltisiko einer Gesellschaft hat. So entwickelten Cederman und Girardin (2007) den Index N*. Er erfasst für 88 europäische, asiatische und nordafrikanische Länder, ob deren Regierungsspitze von einer ethnischen Minderheit dominiert wird. Je mehr Gruppen von politischer Beteiligung ausgeschlossen werden, umso höher sollte das Risiko innerstaatlicher Gewaltkonflikte sein. In der quantitativen Untersuchung bewährte sich zwar die Erwartung zur Virulenz politischer Diskriminierung ethnischer Gruppen. Allerdings wird die Robustheit des Befundes von Fearon et al. (2007) bezweifelt. In einem neuen Datensatz von Wimmer et al. (in diesem Band), der für sämtliche Staaten zwischen 1945 und 2005 die Zahl politisch relevanter ethnischer Gruppen einschließlich ihres Zugangs zu politischer Macht erfasst, wiederum zeigt sich, dass die Länder ein besonders hohes Gewaltisiko tragen, in denen große Teile der Bevölkerung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit von politischer Teilhabe ausgeschlossen werden. Schließlich zeigt Gottwald (in diesem Band), dass neben der politischen Benachteiligung auch ein kollektives Ungerechtigkeitsempfinden auf Seiten der diskriminierten Gruppe und ihre Politikfähigkeit ausschlaggebend sind.

Institutionelle Erklärungen: Ein zweiter Erklärungsansatz sucht die Ursachen von Bürgerkriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen geringer Intensität vornehmlich in den Merkmalen von Staaten und politischen Prozessen. So argumentiert beispielsweise Schlichte (2006), dass sowohl die Ursachen als auch die Art von Bürgerkriegen von der Form der Staaten abhängen, in denen sie ausgetragen werden. Er unterscheidet seit 1945 in zeitlicher Reihung Dekolonisationskriege, sozialrevolutionäre Kriege, Kriege im Entwicklungsstaat, Kriege im neopatrimonialen Staat und Kriege im peripheren Kapitalismus. Ihnen allen ist gemeinsam, dass in Entwicklungsländern mit militärischer Gewalt um die Staatsmacht und deren Konsolidierung gerungen wird. In diesem Sinne bleiben Kriege bis heute politisch. Sie unterscheiden sich aber nach den typischen Akteurskonstellationen, die für die Gewalt verantwortlich sind. Mal kämpfen externe Kolonialmächte gegen interne Befreiungsbewegungen, mal sind es Sozialrevolutionäre, die gegen ein etabliertes Regime streiten, mal sind es marginalisierte Eliten, die gegen die privilegierten Eliten aufbegehren. Dabei ist die Abfolge der Akteurskonstellationen nicht willkürlich, sondern hat eine Entwicklungslogik, die zunächst durch inter- wie transnationale Modernisierungs- und später durch Globalisierungsprozesse bestimmt wird. Auch wenn die einzelnen Typen nicht notwendigerweise aufeinander folgen müssen – es kann Sprünge, Lücken und Überschneidungen geben –, so sind sie doch von den jeweilig vorhergehenden und in ihrer Zeit vorherrschenden Organisationsformen politischer Macht und deren sozio-ökonomischen Voraussetzungen zutiefst geprägt. Nach Schlichte darf Bürgerkriegsforschung deshalb nicht die Pfadabhängigkeiten bewaffneter Konflikte in der Weltgesellschaft missachten und muss ihrer Historizität gerecht werden.

Diese Forderung, stärker nach Staatstypen zu differenzieren, findet sich auch in der aktuellen Forschung zu neuen Formen des Regierens in Räumen begrenzter Staatlichkeit. So schlagen beispielsweise Rüb (2007) und Zürcher (2007) vor, in Staatskonfigurationen zu denken. Solche Konfigurationen geben an, wie auf einem Territorium zentrale öffentliche Leistungen in den Politikfeldern Sicherheit, Wohlfahrt, Herrschaft und Konfliktregulierung erbracht werden. In Abhängigkeit von der Ausprägung der einzelnen Dimensionen werden dann Typen gebildet, die als mehr oder weniger leistungsfähig gelten und die dann auf ihre je spezifische Fähigkeit, Sicherheit und Stabilität zu organisieren, untersucht werden müssen.

Ein weiterer Fokus in der Literatur liegt auf der Kriegsgefahr, die von zerfallenden Staaten ausgeht. Dies sind Staaten, die das Gewaltmonopol in ihren Territorien verlieren (Lambach, in diesem Band; Spanger 2005). Die Qualität eines Staates wird anhand der zu erfüllenden öffentlichen Funktionen in den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt, Verwaltung und Legitimität beurteilt (Debiel 2007; Kreuzer 2007; Rüb 2007). In einer aus diesen Kriterien abgeleiteten Typologie von Staatlichkeit unterscheidet Schneckener (2004) konsolidierte, schwache, versagende und gescheiterte Staaten und listet entsprechende Interventionsmaßnahmen zur Stärkung der Staatlichkeit auf. Auch Fearon und Laitin (2003) rücken die Staatskapazität in ihrer viel zitierten Studie in den Vordergrund. Sie argumentieren, dass in finanzieller, organisatorischer und politischer Hinsicht schwache Zentralregierungen anfälliger für Rebellionen sind. So hätten Staaten mit gering ausgestatteten Polizei- und Militärapparaten nicht die notwendigen Ressourcen, um Aufständische effektiv zu bekämpfen. Während Fearon und Laitin (2003) Staatskapazität noch sehr krude über den nationalen Entwicklungsstand messen, erfassen spätere Studien Staatskapazität mit Hilfe von Indikatoren zu öffentlichen Einnahmen und Ausgaben (Lektzian/Prins 2008; Bussmann, in diesem Band).

Auch die als Antwort auf Collier und Hoefflers (1998, 2004) Gier-Argument erfolgte eingehende Beschäftigung mit der Rolle des Abbaus von verschiedenen Rohstoffen unterstreicht die Bedeutung von Staatskapazität für das Bürgerkriegsrisiko. Indem sie Rebellorganisationen als Betriebsorganisationen fassen, sehen Collier et al. (2003) in der Ausbeutung von Rohstoffen einen Anreiz für Rebellen, sich zu bereichern. Dies gilt in erster Linie für Rohstoffe, die ohne größeren technischen Aufwand abbaubar sind, wie etwa angeschwemmte Diamanten oder Drogen. Rebellionen können aber auch als eine Investition in den zukünftigen Zugang von Rohstoffen, deren Ausbeutung dem Staat vorbehalten ist, interpretiert werden, wobei Rebellen direktes Einkommen generieren könnten, indem sie Ausbeutungsrechte für die Zeit nach einer erfolgreichen Regierungsübernahme verkaufen (Ross 2004; Collier et al. 2004). Rohstoffe sind für den Staat ebenfalls eine wichtige Einkommensquelle, die eine effektive Rebellbekämpfung oftmals erst ermöglicht.

Eine alternative Erklärung für den Zusammenhang zwischen Rohstoffen und innerstaatlichen Gewaltkonflikten konzentriert sich auf die mangelhafte Ausbildung von staatlichen Institutionen in ressourcenreichen Staaten. Vor allem ölreiche Staaten werden in der Literatur gelegentlich mit schwachen Staatsstrukturen in Verbindung gebracht. Durch den Ölreichtum seien Regierungen nicht auf Steuereinnahmen angewiesen und hätten folglich keine gut ausgebildete Bürokratie (Ross 2004), und genau diese schwachen Staatsstrukturen gelten vielen als eine Ursache für Bürgerkriege (de Soysa 2002; Fearon 2005). Allerdings zeigen Basedau und Lay (im Erscheinen) in einer neu-

en quantitativen Studie, dass der Zusammenhang zwischen der Abhängigkeit von Öleinkommen und Staatsschwäche differenziert zu betrachten ist. So bauen beispielsweise reiche Rentierstaaten im Nahen Osten, die über ungewöhnlich hohe Pro-Kopf-Einkommen aus Ölexporten verfügen, durchaus effektive staatliche (Sicherheits-)Strukturen auf und sind in der Lage, Stabilität durch klientelistische Politik zu produzieren. Entscheidend ist demnach nicht die Abhängigkeit von Öleinkommen als solchen, sondern die Höhe dieser Einkommen. Andere Rohstoffe schließlich, wie z. B. Diamanten und Drogen, scheinen weniger für den Ausbruch, sondern vielmehr für die Dauer von Bürgerkriegen bedeutend zu sein (Ross 2004).

Der Abbau verschiedener Rohstoffe unterscheidet sich erheblich. Nach Snyder und Bhavnani (2005) sind diese Unterschiede für die Fähigkeit von Staaten, Steuereinnahmen zu generieren, relevant. So könnten leicht zugängliche Ressourcen wie beispielsweise bestimmte Diamantenarten im handwerklichen Stil abgebaut werden, und Handwerke seien schwer zu besteuern, wohingegen für schwer zugängliche Rohstoffe große Unternehmen, die leicht zu besteuern sind, notwendig sind. Steuereinnahmen sind eine wichtige Einkommensquelle für Staaten. Ist eine Regierung nicht in der Lage, ausreichend Einkommen zu generieren, kann sie ihren Aufgaben der Bereitstellung öffentlicher und privater Güter nicht nachkommen. Werden die Bedürfnisse des Selektorats und damit jenes Teils des Herrschaftsapparates, der die Regierung auswählt (vgl. Bueno de Mesquita et al. 2003), nicht befriedigt, kann sich das Risiko einer Rebellion erhöhen. Die Autoren fokussieren jedoch nicht nur Staatskapazität im Sinne der Einkommensgenerierung des Staates, sondern untersuchen auch das Ausgabeverhalten eines Staates, indem sie zwischen verschwenderischen Ausgaben einerseits und Investitionen zur Steigerung des Einkommens, Militärausgaben, die zumindest das Einkommen bewahren können, und Sozialausgaben unterscheiden. Das Erwirtschaften von Einkommen ist zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung von Nöten.

Das durch Rohstoffabbau generierte Einkommen wiederum kann zu Verteilungskonflikten führen. Besonders in Afrika entstehen Konflikte durch das Versagen der Regierung, für die Bevölkerung öffentliche Güter bereitzustellen (Azam 2001). Stattdessen sind viele afrikanische Staaten gekennzeichnet durch Korruption und schlechte Regierungsführung. Nicht nur schwach ausgebildete bürokratische Strukturen von rohstoffreichen Staaten, sondern auch das Klüngelsystem, das das Erwirtschaften von Renten begünstigt, ist charakteristisch für konfliktanfällige Staaten.

Ein weiterer Faktor, der in der Konfliktursachenforschung oft als Ursache genannt wird, ist der Regimetyp. Hier war lange Zeit herrschende Meinung, dass es inkohärente Regierungssysteme sind, die besonders Gefahr laufen, dass ein militärischer innerstaatlicher Konflikt ausbricht oder dass der Staat zu Repressionsmaßnahmen greift; Fein (1994) brachte dies auf die Formel, dass „mehr Morde in der Mitte“ zwischen Autokratien und Demokratien zu erwarten seien. In einer prominenten Studie zeigten Hegre et al. (2001), dass stabile Demokratien, aber auch stark repressive Autokratien, weniger bewaffneten Aufständen ausgesetzt sind, eine Erkenntnis, die in vielen nachfolgenden Studien Unterstützung fand (z. B. Fearon/Laitin 2003). Eine neue Studie (Vreeland 2008) wirft jedoch erhebliche Zweifel an diesem Zusammenhang auf und verweist auf tautologische Aspekte in Teilkomponenten des viel verwendeten Polity-Datensatzes. So beinhaltet eine Kodierungskategorie Querelen zwischen Gruppen, die auch gewaltsam ausgetragen werden können. Sobald diese Kategorie vom Index ausge-

geschlossen wird, weisen die Ergebnisse keinen signifikanten Zusammenhang mit Bürgerkriegen mehr auf. Deswegen führt Vreeland die Konflikthanfälligkeit von Anokratien auf politische Gewalt in diesen Systemen zurück und weniger auf ihre institutionellen Merkmale. In der Tat unterstützen mehrere Studien die These, dass Bürgerkriege im Gefolge politischer Instabilität wahrscheinlicher sind. Instabilität wird dabei als schneller Wechsel innerhalb eines Regierungssystems verstanden und nicht als dessen Überlebensdauer, was ebenfalls ein möglicher Indikator für eine geschwächte Zentralregierung sein kann (Fearon/Laitin 2003). Politische Instabilität hängt jedoch auch von der institutionellen Konsistenz politischer Regime ab. So befanden Gates et al. (2006), dass konsistente Demokratien und Autokratien ein bedeutend größeres Stabilitätsniveau aufweisen. Die Forscher differenzieren Anokratien, also politische Systeme mit sowohl autokratischen als auch demokratischen Charakteristiken, entlang dreier Dimensionen: Partizipation, Regulierung der Rekrutierung der Exekutive und Einschränkungen der Exekutive. Von den inkonsistenten politischen Systemen zeigten besonders Diktaturen mit hoher politischer Partizipation eine kurze Verweildauer auf; von den Systemen mit gewählter Exekutive waren besonders politische Systeme mit stark eingeschränkter Exekutive und kleiner Wählerschaft instabil (Gates et al. 2006). Die These, dass die halb demokratisch, halb autokratischen Regierungen besonders häufig zu Menschenrechtsverletzungen neigen, haben Davenport und Armstrong (2004) mit starken Argumenten widerlegt. Ihrer Meinung nach sind Demokratien ab einem bestimmten Schwellenwert eher geneigt, Menschenrechte zu respektieren als Autokratien.

Eine feinere Unterteilung politischer Regime findet auch Eingang in die Konfliktforschung. Einen direkten Zusammenhang zwischen einem Teilaspekt politischer Regime, nämlich verschiedener Arten des Rekrutierungsprozesses der Exekutive, stellt Carey (2007) mit Rebellionen in Afrika her. Demnach ist die Gefahr eines Aufstandes geringer in Wahlen mit nur einem Kandidaten und in Mehrparteienwahlen. Eine Beschäftigung mit einzelnen institutionellen Aspekten politischer Systeme wurde auch in einer Studie von Schneider und Wiesehomeier (2008) im Hinblick auf ethnisch diverse Gesellschaften aufgegriffen. So zeigten diese Autoren, dass etwa das Verhältniswahlrecht und die durchschnittliche Größe der Wahlbezirke ein befriedendes Potenzial in stark zerklüfteten Gesellschaften haben.

Während sich das Gros der Forschung mit innenpolitischen institutionellen Einflussfaktoren beschäftigt, gibt es doch eine Vielzahl an Studien zur Rolle internationaler Institutionen. Sie untersuchen insbesondere den Einfluss von Peacekeeping auf die Befriedung von Bürgerkriegen bzw. die Vermeidung erneuten Aufflammens innenpolitischer Gewalt. Während die Wirksamkeit von internationalen Friedensmissionen in Bürgerkriegen lange Zeit bezweifelt wurde, so gibt es mittlerweile Hinweise darauf, dass internationale Friedensmissionen sehr wohl einen Friedensbeitrag leisten, indem sie die Friedensdauer verlängern. Dies gilt auch für UN-Friedenseinsätze, wenn in der Analyse beachtet wird, dass diese Missionen in besonders schwierige Konflikte entsandt werden (Fortna 2004; Hoffmann/Schaffer, in diesem Band). Aber nicht nur militärische Interventionen seitens der internationalen Gemeinschaft, sondern auch diplomatische und wirtschaftliche Interventionen sind für die Aufrechterhaltung eines Friedens nach Bürgerkriegen von Bedeutung (Regan/Aydin 2006).

Ökonomische Ursachen: Grundlegend für die meisten Beiträge, die sich mit ökonomischen Kriegsursachen beschäftigen, sind einfache Opportunitätskostenargumente (Schneider 2009). Diese expliziten oder impliziten Erwartungsnutzenmodelle postulieren, dass die Attraktivität, ein parasitäres Einkommen über die Androhung oder den Gebrauch von Waffengewalt zu erzielen, mit dem Mangel an produktiven Entfaltungsmöglichkeiten steigt. Entsprechend ist in Entwicklungsländern und in Staaten mit unzureichenden Bildungsinvestitionen eher mit Bürgerkriegen zu rechnen. Die Lage wird in dieser Perspektive noch durch die Präsenz leicht ausbeutbarer Bodenschätze verschärft, weil die Renten, die der Besitz dieser Ressourcen abwirft, über relativ geringe Investitionen in Waffen und Soldaten zu erzielen sei. In seinem polemischen Bestseller *The Bottom Billion* illustriert Collier (2007: 21) dies anhand des Bürgerkrieges im Kongo:

„Rebel leader Laurent Kabila, marching across Zaire with his troops to seize the state, told a journalist that in Zaire, rebellion was easy: all you needed was \$10,000 and a satellite phone. While this was obviously poetic exaggeration, he went on to explain that in Zaire, everyone was so poor that with \$10,000 you could hire yourself a small army.“

Die These, dass die „Gier“ nach Rohstoff-Renten eine der Hauptursachen für Bürgerkriege sei, fand vor allem in Collier und Hoeffler (2004) systematische statistische Unterstützung. Nach diesen beiden Autoren sollten Staaten, in denen der Export von Rohstoffen bedeutsam, aber nicht absolut zentral ist, besonders gefährdet sein. Doch Replikationen konnten den vermuteten kurvilinearen Zusammenhang zwischen der relativen wirtschaftlichen Bedeutsamkeit von Rohstoffexporten und dem Gewaltisiko nicht bestätigen. Fearon (2005) zeigte, dass die Resultate von Collier und Hoeffler (2004) stark vom gewählten Forschungsdesign abhängig sind und besonders die Verwendung von Paneldaten, die auf einem Jahr statt auf fünf Jahre aggregiert sind, den Effekt zum Verschwinden bringen.

Dennoch ist der Reiz von Opportunitätskostenargumenten ungebrochen. Ein solcher Gedankengang liegt auch der Forschung zugrunde, welche das Postulat des freihändlerischen Friedens auf die Analyse von Bürgerkriegen zu übertragen versucht. Nach der liberalen Urfassung dieses Ansatzes zerstört militärischer Konflikt die Möglichkeit zum Austausch von Gütern und Dienstleistungen; dadurch reduziert sich die wirtschaftliche Effizienz, so dass ökonomische Interessen Gewaltanwendungen entgegenstehen. Eine erste Übertragung dieses Argumentes auf innerstaatliche Konflikte lieferten Hegre et al. (2003). Bussmann et al. (2005) und Bussmann und Schneider (2007) greifen die langfristig befriedende Wirkung von Freihandel zwar auf und finden empirische Unterstützung, argumentieren aber auch, dass diese Modifikation nicht die distributiven Wirkungen berücksichtigt, die von der Liberalisierung und damit dem Weg hin zu offenen Märkten ausgeht. Ihre statistischen Ergebnisse, die diese vermutete Ambivalenz der Globalisierung belegen, sind jedoch von einigen wenigen Fällen abhängig. Martin et al. (2008b) argumentieren, dass die politikwissenschaftlichen Studien die simultane Beziehung zwischen Konflikt und Handel nicht ausreichend berücksichtigen und dass insofern der ausgewiesene Effekt überschätzt sei. Auf theoretischer Ebene versuchen sie zu belegen, dass Akteure, die von Konflikt betroffen sind, in einem globalisierten Umfeld vermehrt auf den Weltmarkt ausweichen können und dass insofern die

Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen kein eindeutiger Segen sein muss. Dennoch können sie den Zusammenhang, dass in wirtschaftlich integrierten Staaten das Risiko für Gewaltkonflikte geringer ist als in protektionistisch orientierten Ländern, ebenso wie Bussmann und Schneider (2007) bestätigen.

Inwiefern der Reichtum eines Landes diese Staaten weniger anfällig für bewaffnete Auseinandersetzungen macht, ist in der Literatur umstritten. Collier und Hoeffler (2004) sehen diesen statistischen Zusammenhang als Bestätigung für die These, dass in entwickelten Gesellschaften die Opportunitätskosten für Krieg größer sind. Fearon und Laitin (2003) argumentieren, dass in reichen Ländern der Staat über mehr Kapazitäten verfüge, um Angriffe von Rebellen abzuwehren. Tatsächlich ist der von diesen unterschiedlichen Theorien behauptete Zusammenhang statistisch robust, wie die Metaevaluation von Hegre und Sambanis (2006) zeigt. Unabhängig voneinander weisen aber Besley und Persson (2008) sowie Schneider und Wiesehomeier (2008) darauf hin, dass die bisherigen Studien zu wenig berücksichtigen, dass wirtschaftliche Entwicklung zwar vielleicht das Konfliktrisiko dämpft, dass aber gleichzeitig auch berücksichtigt werden muss, dass Krieg Einkommen zerstört. Die Einkommenserklärung ist aber auch in theoretischer Warte insofern problematisch, als die Entscheidung zur Ausübung von Gewalt immer anderen grundsätzlichen Erwägungen nachgelagert ist, nämlich der Frage, wie viel eine Gruppe oder ein Individuum in produktive Tätigkeiten beziehungsweise in Konflikt investieren soll. Dies bedeutet für die Modellierung des Einflusses, der von nachgelagerten ökonomischen Faktoren ausgeht, dass diese Entscheidungsprozesse in ein umfassenderes Modell eingebettet werden müssen, das sowohl den Krieg als auch die Ökonomie erklärt (Besley/Persson 2008; siehe auch Schneider/Schulze 2003, 2008 für zwischenstaatliche Konflikte). In dieser Perspektive ist der Reichtum einer Gesellschaft keine „unabhängige“ Variable, sondern eines der Konzepte, das wie der innerstaatliche Konflikt aus einer spezifischen innerstaatlichen Konstellation heraus erwächst (Schneider 2009). Aufgrund dieser theoretischen Probleme hat sich auch die Reflexion über geeignete empirische Tests verstärkt. Besonders viel versprechend wirken Instrumentalvariablen-Regressionen. Dieser Ansatz erlaubt die konsistente Schätzung der Parameter für den Fall, dass unabhängige Variablen mit dem Fehlerterm einer Regressionsanalyse korrelieren. Dieses Problem taucht etwa dann auf, wenn es in der geschätzten Gleichung ein Problem der umgekehrten Kausalität gibt oder wenn eine wichtige erklärende Variable fehlt. In der praktischen Konfliktursachenforschung ist die Suche nach geeigneten „Instrumentalvariablen“, die diese Probleme lindern könnten und die eine genaue Schätzung des kausalen Effektes der interessierenden Variablen erlauben würden, alles andere als trivial. So sind die Instrumente, die Verwendung finden, oft nur „schwach“ in dem Sinne, als sie die Variation in der vermutlich endogenen Variablen nur begrenzt erklären können. Dies gilt unter Umständen auch für die erste quantitative Untersuchung, die sich zur Erklärung des Bürgerkriegsrisikos auf diesen ökonometrischen Ansatz stützte und als Instrument die Unterschiede im Regenfall in Afrika südlich der Sahara verwandte (Miguel et al. 2004).

3. Eine Übersicht der versammelten Beiträge

Dass diese unterschiedlichen Erklärungen zusammengehören und in ein umfassenderes Modell zur Erklärung innerstaatlicher Gewaltkonflikte integriert werden sollten, ist offensichtlich. Tatsächlich ist in den letzten Jahren sowohl theoretisch als auch empirisch in der einschlägigen Forschung eine gewisse Annäherung zwischen den verschiedenen Theorieschulen und den unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Positionen zu verzeichnen. So hat sich etwa ein erstaunliches Zusammenführen von unterschiedlichen Forschungsdesigns ergeben. Ausdruck dafür ist nicht zuletzt das Weltbank-Projekt unter der Leitung von Collier et al. (2003). Die Tragfähigkeit dieses theoretischen Gerüsts ist in verschiedenen systematischen Fallstudien erprobt worden. Es überrascht wenig, dass die empirische Vertiefung im Ruf nach einer Verfeinerung der Argumente endete. Die Beiträge in diesem Sonderheft zeigen, dass diese Konvergenz der Theorien und der Methoden mittlerweile weiter vorangeschritten ist und die Grundsatzdebatte, wie Forschung zu betreiben ist, der pragmatischen Haltung gewichen ist, dass avanciertes theoretisches Razonnieren und systematisches empirisches Arbeiten auch in diesem politikwissenschaftlichen Feld zusammengehören. Im Folgenden stellen wir die einzelnen Beiträge vor und betten sie gleichzeitig in die internationale Forschungsdiskussion ein.

Kulturelle Erklärungen. In jüngster Zeit erleben Ansätze eine Renaissance, die politische und ökonomische Diskriminierungen von Identitätsgruppen als wesentliche Bürgerkriegsursache identifizieren (Gurr 2007; Fox 2004; Stewart 2005; Østby 2008). Zwar ist nicht zu bestreiten, dass Unterdrückung und Unzufriedenheit allein nur in den seltensten Fällen zur Eskalation von Konflikten führen. Neben die Wahrnehmung sozialer Missstände und politischer Ungerechtigkeiten muss auch die Gelegenheit treten, und diese Gelegenheit muss von handlungsfähigen Gruppen und ihrem Führungspersonal genutzt werden. Gleichwohl legen neue Untersuchungen nahe, dass die Diskriminierung von Ethnien oder Glaubensgemeinschaften das Bürgerkriegsrisiko von Gesellschaften erhöht und damit gleichberechtigt neben Variablen steht, die sich auf Opportunitätsstrukturen beziehen.⁶

Diese Renaissance von Leidensansätzen mit ihrem Fokus auf horizontale Ungleichheiten zwischen Gruppen spiegelt sich auch in einigen Beiträgen dieses Bandes wider. So haben *Andreas Wimmer*, *Lars-Erik Cederman* und *Brian Min* einen neuen Datensatz erstellt, der weltweit die politisch relevanten ethnischen Gruppen erfasst und ihren Zugang zu staatlicher Macht misst. Auf dieser Grundlage können sie zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Rebellionen zunimmt, wenn der Anteil politisch diskriminierter ethnischer Gruppen an der Gesamtbevölkerung wächst. Das höchste Bürgerkriegsrisiko tragen so genannte Ethnokratien – also politische Systeme, die von einer

⁶ Dass die Bedeutung von Missständen und Ungerechtigkeiten in der Forschung so lange nicht wahrgenommen wurde, liegt nach Überzeugung von Cedermann und Girardin (2007), Østby (2008) und Wimmer et al. (2009) vor allem daran, dass die in quantitativen Studien bislang verwendeten Indikatoren die soziale Dimension politischer und ökonomischer Diskriminierung nicht erfassen konnten. Sie haben – um eine Unterscheidung von Stewart und Brown (2007) zu gebrauchen – vertikale Ungleichheiten zwischen Individuen und nicht horizontale Ungleichheiten zwischen Gruppen gemessen.

kleinen Minderheit beherrscht werden. Außerdem steigt die Gewaltanfälligkeit von Gesellschaften mit der ethnischen Segmentierung des politischen Zentrums. Staaten mit Regierungen, deren Mitglieder sich aus einer Vielzahl von Ethnien zusammensetzen, sind demnach besonders gefährdet.

Eva Gottwald geht in ihrem Papier davon aus, dass politische Diskriminierung ethnischer Minderheiten dann die Bürgerkriegsanfälligkeit einer Gesellschaft erhöht, wenn sie von Gruppenmitgliedern als ungerecht empfunden wird und sie über die notwendigen Ressourcen zum bewaffneten Kampf verfügen. Auf der Grundlage des *Minority at Risk*-Datensatzes entwickelt sie ein Set von Indikatoren, um diese drei Faktoren zu messen. In ihrer Replikation gängiger Modelle (Collier/Hoeffler 2004; Fearon/Laitin 2003) mit den neuen Variablen zeigt sich, dass politische Diskriminierung, Ungerechtigkeitsempfinden und Mobilisierungspotenzial tatsächlich einen signifikanten Einfluss auf das Bürgerkriegsrisiko ausüben. Demgegenüber verlieren etablierte Opportunitätsvariablen an Erklärungskraft. Deshalb hält es Gottwald für zwingend, in Zukunft stärker als bisher die politische Situation ethnischer oder religiöser Minderheiten in die Analyse von Bürgerkriegen einzubeziehen.

Während die beiden vorangegangenen Untersuchungen empirische Unterstützung für die Relevanz von Leidensfaktoren in der Bürgerkriegsanalyse finden, bleibt *Indra de Soysa* skeptisch. Er zeigt zunächst, dass wachsende ethnische oder religiöse Fraktionalisierung nicht mit erhöhter politischer Repression einhergeht. Das spricht dafür, dass ethnische Vielfalt keine höhere Unzufriedenheit und Protestbereitschaft nach sich zieht. Denn dann müsste mehr und nicht weniger Unterdrückung zu beobachten sein. Ethnisch polarisierte Gesellschaften tragen demgegenüber zwar ein leicht erhöhtes Gewaltisiko. Dieser Effekt ist aber vor allem für Demokratien nachweisbar. Demokratien wiederum sind Staaten, die der politischen Opposition verhältnismäßig viele Freiräume bieten. Deshalb spricht der Befund von de Soysa dafür, dass es nicht primär Missstände sind, die eine Eskalation politischer Konflikte nach sich ziehen. Vielmehr nutzen unzufriedene Gruppen die Möglichkeiten, die Demokratien im Vergleich zu anderen Staaten bieten, für ihren gewaltsamen Protest.

Sarah Clasen und *Susanne Zwingel* machen die Kategorie Geschlecht für die Bürgerkriegsforschung fruchtbar. Anders als Ethnie oder Religion polarisieren Geschlechterordnungen nicht zwischen, sondern innerhalb von Gruppen. Diese Hierarchien weisen ein hohes Gewaltpotenzial auf, von dem Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Auch wenn dieses Potenzial oft unter der Schwelle von Bürgerkriegsgewalt liegt, muss es dennoch als Faktor für weiterreichende Gewalteskalation ernstgenommen werden. Sichtbar wird der Zusammenhang zwischen Geschlecht und anderen gewalteskalierenden Identitätsdimensionen in intersektionalen Analysen, die von der wechselseitigen Verstärkung einer externen Polarisierung zwischen Identitätsgruppen und einer internen Polarisierung zwischen den Geschlechtern ausgehen. Mit einer Fallstudie zum Bürgerkrieg in Guatemala unterstreichen die beiden Autorinnen einerseits ihr Plädoyer für die intersektionale Analyse politischer Gewaltkonflikte, andererseits verdeutlichen sie, wie Geschlechterordnungen und daraus resultierende Männlichkeits- und Weiblichkeitsformationen eine zentrale Rolle bei der Perpetuierung von Gewalt in verschiedenen Konfliktphasen spielen.

In seinem Beitrag untersucht *Matthias Basedau*, welchen Einfluss Religion im subsaharischen Afrika auf Konfliktverläufe nehmen kann. Hierzu unterscheidet er zunächst

fünf Dimensionen von Religion – religiöse Demographie, religiöse Identität, religiöse Ideen, religiöse Institutionen und religiöse Eliten –, um dann in einem Vergleich politischer Auseinandersetzungen an der Elfenbeinküste und in Benin die Konflikt- und Gewaltrelevanz dieser Dimensionen zu diskutieren. Im Ergebnis lassen beide Fälle nur einen schwachen Einfluss von Religion erkennen. Obwohl wir es sowohl an der Elfenbeinküste als auch in Benin mit religiös hoch polarisierten Gesellschaften zu tun haben, in denen sich religiöse Konfliktlinien mit anderen Konfliktlinien überlagerten, ist allenfalls für die Elfenbeinküste in der Anfangsphase der Auseinandersetzungen zwischen „Nord“ und „Süd“ eine eskalierende Wirkung von Religion nachweisbar.

Auch *Alexander de Juan* und *Andreas Hasenclever* argumentieren in ihrem Beitrag, dass ein unmittelbarer Einfluss religiöser Überzeugungen auf den Verlauf politischer Konflikte unwahrscheinlich ist. Ausschlaggebend sind vielmehr erfolgreiche Framing-Prozesse durch gewaltbereite Eliten. Diese sind auf politische Unterstützung angewiesen, die sie am Anfang einer Auseinandersetzung kaum erzwingen können. Deshalb müssen sie ihre Gefolgschaft von der Notwendigkeit militärischer Mittel überzeugen. Hierzu können Eliten auf religiöse Legitimationsmuster zurückgreifen. Allerdings ist diese Mobilisierungsstrategie alles andere als selbstverständlich. Sie hängt unter anderem von der Glaubwürdigkeit der Eliten, von der inneren Stimmigkeit der Situationsdeutungen oder auch von der Präsenz überzeugender Gegenentwürfe ab. Der anschließende Vergleich bewaffneter Konflikte auf den Philippinen und in Thailand zeigt, dass religiöse Mobilisierungsstrategien scheitern können und es im Einzelfall durchaus Gegenmittel zur religiösen Aufladung von Konflikten gibt.

Institutionelle Erklärungen. Die kulturellen und ökonomischen Erklärungsansätze legen den Analysefokus eher auf die Rebellen, während die politischen Erklärungen die Rolle des Staates und seine Institutionen stärker ins Blickfeld nehmen. In Verbindung mit der Rolle demokratischer politischer Systeme werden institutionelle Faktoren bereits seit einiger Zeit in das Zentrum gerückt. Eine Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Regierungsformen, aber auch der Rebellenorganisationen, ist in diesem Rahmen unerlässlich. Die empirischen Ergebnisse zum demokratischen zivilen Frieden bzw. zur stärkeren Konflikthanfälligkeit inkohärenter politischer Systeme – Befunde, die zwar zwischenzeitlich wieder in Frage gestellt wurden (Vreeland 2008) – brauchen noch eine bessere theoretische Untermauerung.

Die liberale Erklärung, dass Demokratien deshalb so stabil seien, weil sie eine breite gesellschaftliche Partizipation („Input-Dimension“) ermöglichen und soziale Konflikte durch Leistungen entschärfen („Output-Dimension“), hält *Jonas Wolff* für idealistisch. Deshalb erweitert er die in der Literatur vorherrschenden institutionell-formellen Erklärungsansätze (Hegre et al. 2001) um politökonomische Hintergrunddynamiken und informelle Mechanismen der Konfliktregulation. Im ersten Fall geht es insbesondere um „gesellschaftlich-regulative“ Formen der Konfliktrepression, d. h. soziale Strukturen und Prozesse, die die Fähigkeiten und Anreize auf Seiten (potenziell) konfliktfähiger Gruppen zur Organisation und kollektiven Aktion begrenzen. Im zweiten Fall geht es um Kanäle der Artikulation sozialer Ansprüche jenseits etablierter demokratischer Verfahren. Durch sie lassen sich konfliktfähige und regierungskritische Gruppen gezielt in den politischen Prozess integrieren. An den Beispielen Argentiniens und Ecuadors plausibilisiert Jonas Wolff die empirische Bedeutung der verschiedenen Kausalmecha-

nismen, die den inneren demokratischen Frieden in krisengeschüttelten Gesellschaften bewirken.

Neben der Art des politischen Systems setzt sich die Literatur zunehmend mit der Stärke des politischen Systems auseinander. *Daniel Lambach* fragt in seinem Beitrag nach den Ursachen von Staatskollaps. Staatskollaps wird als die extremste Form des Staatszerfalls verstanden und geht oft mit Bürgerkrieg einher oder hat ihn zur Folge. In der Literatur wird Staatskollaps vor allem mit dem Versagen oder der Maßlosigkeit von Regierungen in Zusammenhang gebracht, die systematisch öffentliche Güter für private Zwecke missbrauchen. Als alternative Erklärung entwickelt Lambach ein Fragmentierungsmodell, das Staatskollaps auf die Eskalation von Machtkämpfen zwischen staatstragenden Gruppen zurückführt. Solche Machtkämpfe sind dann besonders gefährlich für die öffentliche Ordnung, wenn sich die politische Landschaft polarisiert, wenn eine Militarisierung der Akteure zu beobachten ist, wenn die Machtverhältnisse zwischen ihnen ausgeglichen sind und wenn sich jede Seite bei einem Waffengang klare Siegchancen ausrechnet. Mit drei Fallstudien zum Staatszerfall im Libanon, in Tadschikistan und in Somalia plausibilisiert er das von ihm entwickelte Fragmentierungsmodell.

Der Beitrag von *Margit Bussmann* beschäftigt sich ebenfalls mit dem Konzept der Staatskapazität, wobei sie kritisiert, dass die Stärke eines Staates in der bisherigen Forschung (Fearon/Laitin 2003) mit dem sehr groben Indikator „Pro-Kopf-Einkommen“ nicht angemessen erfasst wurde. Stattdessen unterscheidet sie eine militärische, eine redistributive und eine extraktive Komponente von Staatskapazität. Damit geht sie der Frage nach, ob ein Staat durch militärische Stärke Aufstände abschrecken kann oder durch die Verteilung öffentlicher Güter Zufriedenheit in der Bevölkerung schafft und somit die Gefahr eines ausbrechenden Bürgerkrieges mindert. Die Ergebnisse der Regressionsanalysen zeigen, dass eine finanziell gut ausgestattete Regierungarmee keineswegs Rebellen abschreckt. Wichtiger ist vielmehr ein personell zahlreiches Militär. Auch die staatlichen Ausgaben für Wohlfahrt haben keine direkte konfliktmindernde Wirkung. In Bezug auf die extraktive Kapazität eines Staates stehen besonders Steuereinnahmen in Zusammenhang mit einem geringeren Bürgerkriegsrisiko.

Klaus Schlichte untersucht in seinem Beitrag die Formierung bewaffneter Gruppen. Hierzu rekonstruiert er auf der Grundlage umfangreichen Feldstudienmaterials drei realtypische Situationen, in denen bewaffnete Gruppen entstehen und die für den weiteren Konfliktverlauf prägend sind. In der ersten Situation lösen Modernisierungsprozesse die Politisierung von Entwicklungsgesellschaften aus. Es entstehen Oppositionsgruppen, die später die notwendige Infrastruktur für bewaffnete Bewegungen bilden. In der zweiten Situation entstehen bewaffnete Bewegungen aus der Krise neopatrimonialer Staaten. Klientelistische Verteilungskonkurrenzen brechen auf, und die Verlierer greifen zur Gewalt, um Macht und Wohlfahrt zurück zu gewinnen. Im dritten Fall bauen Regierungen paramilitärische Verbände auf. Sie erfüllen Aufgaben, die reguläre Streitkräfte nicht übernehmen können oder wollen. Während Gruppen des ersten Typs aufgrund ihrer Legitimität vergleichsweise gute Chancen haben, Macht in Herrschaft zu verwandeln, müssen die beiden anderen Gruppen ihre Legitimitätsdefizite beispielsweise durch internationale Unterstützung kompensieren, um erfolgreich zu sein.

Mit internationalen Institutionen setzt sich der Beitrag von *Tobias Hofmann* und *Lena Schaffer* auseinander. Sie untersuchen, unter Verwendung eines ausgefeilten statistischen Verfahrens den Einfluss von Friedensmissionen auf die Dauer von Friedenspe-

rioden nach Bürgerkriegen. Sie greifen eine in der Literatur zu Friedenseinsätzen verbeitete Kritik auf, dass der Erfolg von verschiedenen Friedensmissionen nicht fair beurteilt werden kann, wenn nicht zugleich Faktoren berücksichtigt werden, die für die Entscheidung zur Entsendung von Friedensmissionen ausschlaggebend sind (z. B. Fortna 2004). Dieser Kritik schließen sie sich nicht nur an, sondern gehen sie methodisch durch die Schätzung eines Selektionsmodells an. Dabei zeigen sie, dass Missionen der Vereinten Nationen hauptsächlich in schwierige Fälle entsandt und humanitäre Aspekte bei der Entscheidung über die Entsendung von VN-Missionen berücksichtigt werden. Wird dieser Selektionsbias berücksichtigt, dann bestätigt sich eindeutig, dass insbesondere VN-Friedensmissionen zu einem längeren Frieden beitragen können.

Ökonomische Erklärungen. In der neueren deutschsprachigen Kriegsursachenforschung haben Erklärungen, die ökonomische Faktoren in den Vordergrund der Analyse rücken, spätestens seit der Einführung des Konzeptes der „Gewaltmärkte“ (Elwert 1997) Konjunktur. Solche Märkte bestehen nach Elwert in Ländern, in denen der Staat sein Gewaltmonopol verloren hat und in denen Gruppen auf Gewaltstrategien setzen, um nicht zuletzt ihr Einkommen zu sichern. Eng verwandt mit diesem Gewaltbegriff ist die These Kaldors (1999), dass das Ende des Kalten Krieges mit dem Aufkommen von „Neuen Kriegen“ einherging. Diese bewaffneten Auseinandersetzungen seien nicht zuletzt auf die Gier nach Bereicherung von bestimmten Gruppen zurückzuführen und gerade deshalb mit einem besonders hohen Blutzoll versehen. Im deutschsprachigen Raum hat Münkler (2002; vgl. auch Eppler 2002) diese Perspektive popularisiert, ohne aber den Begriff genau einzugrenzen und besonders die notwendige Kategorisierung zu bieten, welche der Konflikte der letzten Jahrzehnte „neu“ sind und welche nicht.

Die notwendige empirische Grundlagenforschung zu diesen eingängigen Thesen bietet *Sophia Benz* in ihrem Beitrag. Sie leitet aus Kaldors pionierhafter Arbeit und den Nachfolgeschriften Münklers klare operationale Kriterien ab und trägt ein vielfältiges, teilweise neues Datenmaterial zusammen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht die Frage, inwiefern sich „neue Kriege“ zwischen rein privaten Akteuren auch hinsichtlich der Motive, Strategien und Dauer von klassischen internen Kriegen unterscheiden. Ergebnisse zeigen, dass einige Thesen, welche sich aus dem Konzept der „Neuen Kriege“ ableiten lassen, empirisch nicht so substanzlos sind, wie frühe Kritiken (vgl. Kalyvas 2001) vermuten ließen. Allerdings sind die Zeitreihen zum Teil kurz, so dass unklar bleiben muss, ob in Bezug auf sämtliche Dimensionen „neuer Kriege“ von längerfristigen Trends die Rede sein kann. Dennoch ist diese umfassende und systematische Evaluation ein immenser Fortschritt gegenüber einer Literatur, deren empirische Belege sich in relativ beliebigen Illustrationen erschöpfen.

Wann es in Bürgerkriegen zu Plünderungen kommt, ist das Thema von *Jutta Bakonyi*. Sie zeigt durch eine eingehende Beschreibung der verschiedenen Plünderungswellen im Laufe des somalischen Konfliktes und zum Teil aufgrund eigener Interviews in Somalia, dass Plünderungen nicht allein ökonomisch motiviert sind, wie es etwa der prominente Beitrag von Azam/Hoeffler (2002) erwarten lässt. Sie versteht diese Gewalterscheinung als politisches Instrument und führt fünf idealtypische Erscheinungsformen von Plünderungen in die Literatur ein. Die verschiedenen Plünderungsformen unterscheidet sie anhand der Form und dem Grad der Organisation, der Zielgruppen und -objekte und der beteiligten Akteure. Wie diese Kategorien verdeutlichen und wie

die empirischen Belege plausibilisieren, ist nur bei zwei Plünderungsformen das Bereicherungsmotiv als Ziel identifizierbar. Neben ökonomischen Interessen können auch z. B. Protestverhalten und strategische Erwägungen als Motivationsgrundlage von Bedeutung sein.

Teil vieler Bürgerkriege besonders in Entwicklungsländern ist die Rekrutierung, ob erzwungen oder freiwillig, von Kindersoldaten. Ein norwegisch-russisches Autorenquartett (*Vera Achvarina, Ragnhild Nordås, Gudrun Østby* und *Siri Aas Rustad*) untersucht mit Hilfe eines originellen Forschungsdesign, ob der offensichtliche Zusammenhang tatsächlich besteht – nämlich die Vermutung, dass Armut eine Kernursache zur Verpflichtung der gesellschaftlich Schwächsten in Regierungs- und Rebellenverbände ist. Die Analyse von afrikanischen Regionen bietet einige Evidenz dafür, dass in armen Regionen mit höherer Säuglingssterblichkeit eine stärkere Rekrutierung von Kindersoldaten zu beobachten ist. Andere Aspekte von absoluter Armut, wie z. B. das Bildungsniveau oder die Vermögenswerte von Haushalten oder Indikatoren zu relativer Armut, erwiesen sich als nicht signifikant. Die Autorinnen disaggregieren die Daten so weit es derzeit möglich ist. Dennoch muss der nächste Schritt in diesem Forschungsfeld darin bestehen, mit noch feineren Messinstrumenten und unter Umständen sogar Individualdaten diesen Zusammenhang zu überprüfen, so dass das Problem eines ökologischen Fehlschlusses wirklich zweifelsfrei verworfen werden kann.

Synthesen. Die Erforschung der Ursachen von innerstaatlicher Gewalt ist zunächst sehr stark von einzelnen empirischen Beiträgen dominiert worden, die jeweils ein Modell als Gesamterklärung zu privilegieren suchten. Dies ist besonders in Collier/Hoeffler (2004) und Collier (2007) offensichtlich, welche die Leidensdruckhypothesen zugunsten von ökonomischen Erklärungen zurückweisen. Eine solche Entweder-Oder-Rhetorik erscheint aber wenig ertragreich, besonders auch weil sie in Widerspruch zu avancierten theoretischen Erklärungen wie etwa jener von Esteban und Ray (2008a, 2008b) steht, die gerade das Zusammenwirken von Identität und ökonomischen Anreizen als Ursache von Bürgerkriegen begreifen.

Han Dorussen zeigt mit einem Modell auf, dass es Sinn macht, zwischen der ökonomischen und der politischen Diskriminierung von Minderheiten zu unterscheiden. Die unterschiedliche Logik dieser politischen Instrumente arbeitet der Verfasser mit Hilfe einer spieltheoretischen Analyse heraus. Eines der Hauptergebnisse ist dabei, dass ökonomische Benachteiligung unwahrscheinlicher wird, je größer die aufständische Bevölkerung im Vergleich zu jenen Gruppen ist, welche die Regierung stützen. Die gepoolten Querschnittsdaten bestätigen die Vermutung weitgehend, dass Diskriminierung strategische Wurzeln besitzt. So nimmt die Gefahr ökonomischer Diskriminierung zu, wenn die Minderheit über keine attraktive wirtschaftliche Perspektive verfügt. Eine mögliche Internationalisierung des Konfliktes verändert überdies das strategische Kalkül der Akteure. Ganz im Sinne der Abschreckungstheorie wird die Diskriminierung unwahrscheinlicher, wenn eine äußere Intervention an Glaubwürdigkeit gewinnt.

Eine inhaltliche Synthese unternehmen *Nina Wiesehomeier, Gerald Schneider* und *Constanze-Sophie Braun* in ihrem Aufsatz. Diese Autoren wenden sich gegen die Perspektive, dass Identität ungeachtet sozioökonomischer Anreize eine eigenständige Erklärungskraft entfalten kann. In diesem Sinne untersuchen sie, wie ökonomische Anreize das Risiko von militärischer Gewalt vermitteln, das von ethnischer Diversität ausgeht.

In technischer Perspektive läuft ihre makroquantitative Analyse darauf hinaus, dass sie zwischen verschiedenen Formen der Diversität und ökonomischen Variablen Interaktionsvariablen bilden und so genannte Survivalmodelle zu diesen kombinierten Einflüssen berechnen. Diese empirischen Analysen zeigen, dass sich etwa in fraktionalisierten Ländern bei zunehmendem Protektionismus das Konfliktrisiko erhöht. Die Studie qualifiziert in der Summe Untersuchungen, die von einem gleichmäßigen Einfluss von ökonomischen Variablen auf die innere Stabilität von Staaten ausgehen, und korrigiert gleichzeitig so die Erwartung, dass Diversität unabhängig vom sozialen Kontext die innere Stabilität eines Landes bestimmt.

Die Autoren sind allerdings wie die meisten quantitativen Studien dem Staatenjahr als Untersuchungseinheit verpflichtet. Ein solches Aggregationsniveau ist, wie *Nils B. Weidmann* kraftvoll argumentiert, nicht unproblematisch, da es starke Homogenitätsannahmen voraussetzt. Untersuchungen, die auf tieferem Aggregationsniveau ansetzen, bieten hier für viele Forschungsfragen einen Ausweg, auch wenn für viele Länder keine guten Daten auf regionaler oder kommunaler Ebene zu gewaltsamen Konflikten und ihren Kovariaten vorliegen. Wie eine solche disaggregierte Studie aussehen kann, demonstriert Weidmanns innovatives Forschungsdesign. Er zeigt für afrikanische Staaten, dass das Zusammenlegen von Erklärungen, die von verschiedenen Aggregationsniveaus wie dem Staat oder einer Provinz stammen, im Sinne einer Mehrebenenanalyse auch für die Bürgerkriegsforschung von Interesse ist. Eine weitere Innovation seines Aufsatzes für die deutschsprachige Forschung besteht im Einbezug von räumlichen Daten, wie sie mit Geographischen Informationssystemen (GIS) verarbeitet werden, ein Vorgehen, das auch im Aufsatz von Achvarina et al. (in diesem Band) zum Einsatz kommt. Substanziell kann der Autor zeigen, dass das Aggregationsniveau von großer Bedeutung ist: Beispielsweise hat ethnische Fragmentierung einen unterschiedlichen Effekt auf das Konfliktrisiko, je nachdem, ob man auf der Staatsebene oder der Provinzebene misst. Weiterhin zeigt der Autor, dass Diamantenvorkommen in einer Region wirklich ein Fluch sind und das Konfliktrisiko erhöhen.

Julian Wucherpfennings Beitrag ist schließlich als Plädoyer dafür zu sehen, dass die Bürgerkriegsforschung die zeitliche Dynamik nicht einfach als störenden Faktor begreifen soll, für den man durch die Berücksichtigung von geeigneten ökonometrischen Verfahren kontrolliert. Der Aufsatz zeigt, wie man für die Präsenz unterschiedlicher dynamischer Kausalitäten testen kann. Er überprüft empirisch, ob es zum Wiederausbruch eines Bürgerkriegs aufgrund ähnlicher Rahmenbedingungen in der Gegenwart (z. B. Armut) kommt, oder ob der vorhergehende Konflikt der Auslöser ist, der Konflikt also direkt von der Vorgeschichte geprägt wird. Die Analyse erbringt, dass ein Konflikt die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Konfliktausbruchs erhöht. Gängige ökonomische, kulturelle und institutionelle Faktoren allein sind nicht ausreichend, um ein Bürgerkriegsrisiko einzuschätzen. Einen Hoffnungsschimmer bietet der Befund, dass sich das Konfliktrisiko verringert, je länger die Friedensperiode andauert.

Die Artikel in diesem Sonderheft entwickeln die theoretischen und empirischen Erkenntnisse zu Bürgerkriegen auf vielfältige Weise weiter und zeigen auf, dass Identitäten, Institutionen und Ökonomie keine klar voneinander abgetrennten Erklärungsansätze sein können, sondern dass nur ihre Integration unser Wissen zu innerstaatlichen Gewaltkonflikten weiterbringen kann. Wie wenig wir bisher über den Ausbruch, die

Dauer und die Beendigung solcher Konflikte wissen, steht im Widerspruch zu der aktiven Forschung, die in diesem Bereich betrieben wird. Zwar gibt es inzwischen in Bezug auf einzelne Einflussfaktoren zumindest einen weitgehenden Konsens, enttäuschend ist jedoch, wie gering die gesamte Erklärungskraft gängiger Modelle ist. Dies bedeutet, dass noch viel Arbeit vor uns liegt, um das komplexe Phänomen innerstaatlicher Konflikte ausreichend zu verstehen. Ein erster Schritt in Richtung eines verbesserten Verständnisses von innerstaatlichen Konflikten muss von der Theorie ausgehen. Wir werten es bereits als Erfolg, dass in den letzten Jahren allzu grob gestrickte theoretische Konzepte vielfältige Rückweisungen und, im besseren Fall, Qualifizierungen erfahren haben. Dieses Sonderheft zeigt in verschiedenen Beiträgen, dass die alte Entweder-Oder-Rhetorik, die die akademischen Diskurse in der ersten Hälfte des Jahrzehntes geprägt hat, sich mittlerweile deutlich überlebt hat. Dennoch fehlt es, trotz einiger Vorarbeiten, an Modellen, welche etwa ökonomische Anreize mit Gruppenidentität zusammenbringen. In empirischer Hinsicht ist das Hauptproblem zum Teil gelöst, ist doch eine deutliche Abwendung weg von hochaggregierten Länderanalysen hin zu Regional- und Ereignisstudien beobachtbar. Dieser Trend ist natürlich nicht ohne seine eigenen Probleme. So ist es bei gewalttätigen Revolten, die etwa ein Teil der Streitkräfte gegenüber der eigenen Regierung inszeniert, müßig, den Konflikt auf einzelne Dyaden herunterzubrechen. Eine solche Analyse drängt sich hingegen für jene Konflikte auf, in denen sich wiederholt und über längere Zeit hinweg die gleichen Gruppen gegenüberstehen. Ein empirisches Problem bei Untersuchungen, welche die Gruppendyade zur Untersuchungseinheit erheben, besteht allerdings in der beschränkten Verfügbarkeit von Längsschnittdaten zu einzelnen Gruppen. Gruppenmerkmale sind ohnehin oft zeitlich recht invariant. Sie können deshalb letztlich nicht erklären, weshalb innerhalb einer Gruppe bestimmte Konstellationen mit einem hohen Gewaltzoll verknüpft sind, andere hingegen nicht. Um die Eskalation von Gruppenkonflikten zu verstehen, braucht die Konfliktforschung bessere gruppenbezogene Erklärungen und Daten, die sich über die Zeit hinweg verändern. Wir sind sicher, dass sich eine nächste Generation der Konfliktforschung aktiv dieser doppelten Herausforderung annehmen wird und dass einige der Autoren dieses Sonderheftes wichtige Beiträge leisten werden. Welches Potenzial die deutschsprachige und europäische Forschung zur innerstaatlichen Gewalt bereits jetzt aufweist, zeigt dieses Sonderheft auf mannigfaltige Weise.

Literatur

- Azam, Jean-Paul*, 2001: The Redistributive State and Conflicts in Africa, in: *Journal of Peace Research* 38, 429-444.
- Azam, Jean-Paul/Hoeffler Anke*, 2002: Violence Against Civilians in Civil Wars, in: *Journal of Peace Research* 39, 461-485.
- Basedau, Matthias/Lay, Jann* (Forthcoming): Resource Curse or Rentier Peace? The Ambiguous Effects of Oil Wealth and Oil Dependence on Violent Conflict, in: *Journal of Peace Research* 46 (2009) 6.
- Bates, Robert H.*, 1983: Modernization, Ethnic Competition, and the Rationality of Politics in Contemporary Africa, in: *Rotchild, Donald S.* (Hrsg.), *African Policy Dilemmas*. Boulder, CO, 152-171.

- Beck, Nathaniel/King, Gary/Zeng, Lanche, 2000: Improving Quantitative Studies of International Conflict: A Conjecture, in: *American Political Science Review* 94, 21-35.
- Besley, Tim/Persson, Torsten, 2008: Wars and State Capacity, in: *Journal of the European Economic Association* 6, 522-530.
- Brubaker, Rogers/Laitin, Daniel D., 1998: Ethnic and Nationalist Violence, in: *Annual Review of Sociology* 24, 423-452.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Smith Alastair/Siverson, Randolph M./Morrow, James D., 2003: *The Logic of Political Survival*. Cambridge, Mass.
- Buhaug, Halvard/Cederman, Lars-Erik/Rød, Jan Ketil, 2008: Disaggregating Ethno-Nationalist Civil Wars: A Dyadic Test of Exclusion Theory, in: *International Organization* 62 (3), 531-551.
- Bussmann, Margit/Schneider, Gerald, 2007: When Globalization Discontent Turns Violent: Foreign Economic Liberalization and Internal War, in: *International Studies Quarterly* 51, 79-97.
- Bussmann, Margit/Schneider, Gerald/Wiesehomeier, Nina, 2005: Foreign Economic Liberalization and Peace: The Case of Sub-Saharan Africa, in: *European Journal of International Relations* 11, 551-579.
- Carey, Sabine, 2007: Rebellion in Africa: Disaggregating the Effect of Political Regimes, in: *Journal of Peace Research* 44, 47-64.
- Cederman, Lars-Eric/Girardin, Luc, 2007: Beyond Fractionalization: Mapping Ethnicity onto Nationalist Insurgencies, in: *American Political Science Review* 101, 173-185.
- Chandra, Kanchan/Wilkinson, Steven, 2008: Measuring the Effect of „Ethnicity“, in: *Comparative Political Studies* 41, 515-563.
- Coghlan, Benjamin/Brennan, Richard J./Ngoy, Pasca/Dofana, David/Otto, Brad/Clements, Mark/Stewart, Tony, 2006: Mortality in the Democratic Republic of Congo: A Nationwide Survey, in: *Lancet* 367, 44-51.
- Collier, Paul, 2007: *The Bottom Billion: Why the Poorest Countries are Failing and What Can Be Done About It*. Oxford.
- Collier, Paul/Elliott, Lani/Hegre, Håvard/Hoeffler, Anke/Reynal-Querol, Marta/Sambanis, Nicholas, 2003: *Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy*. Washington.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke, 1998: On Economic Causes of Civil War, in: *Oxford Economic Papers* 50, 563-573.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke, 2004: Greed and Grievance in Civil War, in: *Oxford Economic Papers* 56, 563-595.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke/Soderbom, Mans, 2004: On the Duration of Civil War, in: *Journal of Peace Research* 41, 253-273.
- Davenport, Christian/Armstrong, David A. II, 2004: Democracy and the Violation of Human Rights: A Statistical Analysis from 1976 to 1996, in: *American Journal of Political Science* 48, 538-554.
- Debiel, Tobias, 2007: Was tun mit fragilen Staaten? Ansatzpunkte für die Entwicklungspolitik, in: Weis, Stephanie/Schmierer, Joshua (Hrsg.), *Prekäre Staatlichkeit und Internationale Ordnung*. Wiesbaden, 340-360.
- de Soysa, Indra, 2002: Paradise is a Bazar? Greed, Creed, and Governance in Civil War, in: *Journal of Peace Research* 39, 395-416.
- Diehl, Paul F./Goertz, Gary, 2000: *War and Peace in International Rivalry*. Ann Arbor, MI.
- Eppler, E., 2002: *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?* Frankfurt a. M.
- Elwert, Georg, 1997: Gewaltmärkte: Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: von Trotha, Trutz (Hrsg.), *Soziologie der Gewalt (Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie)*. Opladen, 86-101.
- Esteban, Joan/Ray, Debraj, 2008a: On the Salience of Ethnic Conflict, in: *American Economic Review* (forthcoming).
- Esteban, Joan/Ray, Debraj, 2008b: Polarization, Factionalization and Conflict, in: *Journal of Peace Research* 45, 163-182.
- Esteban, Joan/Schneider, Gerald, 2008: Polarization and Conflict: Theoretical and Empirical Issues, in: *Journal of Conflict Research* 45, 131-141.

- Fach, Wolfgang/Simonis, Georg*, 2000: Die Welt des Autors. Eine Polemik, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7, 385-398.
- Fearon, James D.*, 1995: Rationalist Explanations for War, in: *International Organization* 49, 379-414.
- Fearon, James D.*, 2003: Ethnic Structure and Cultural Diversity by Country, in: *Journal of Economic Growth* 8, 195-222.
- Fearon, James D.*, 2004: Why Do Some Civil Wars Last So Much Longer Than Others?, in: *Journal of Peace Research* 41, 275-301.
- Fearon, James D.*, 2005: Primary Commodity Exports and Civil War, in: *Journal of Conflict Resolution* 49, 483-507.
- Fearon, James D.*, 2006: Ethnic Mobilization and Ethnic Violence, in: *Weingast, Barry/Wittmann, Donald A.* (Hrsg.), *Oxford Handbook of Political Economy*. Oxford, 852-868.
- Fearon, James D./Kasara, Kimuli/Laitin, David*, 2007: Ethnic Minority Rule and Civil War Onset, in: *American Political Science Review* 101, 187-193.
- Fearon, James D./Laitin, David*, 2000: Violence and the Social Construction of Ethnic Identity, in: *International Organization* 54, 845-877.
- Fearon, James D./Laitin, David*, 2003: Ethnicity, Insurgency, and Civil War, in: *American Political Science Review* 97, 75-90.
- Fein, Helen*, 1995: More Murder in the Middle: Life-Integrity Violations and Democracy in the World, in: *Human Rights Quarterly* 17, 170-191.
- Fortna, Virginia P.*, 2004: Does Peacekeeping Keep Peace? International Intervention and the Duration of Peace After Civil War, in: *International Studies Quarterly* 48, 269-292.
- Fox, Jonathan*, 2004: *Religion, Civilization, and Civil War. 1945 through the New Millennium*. Lanham, MD.
- Gates, Scott/Hegre, Håvard/Jones, Mark P./Strand, Håvard*, 2006: Institutional Inconsistency and Political Instability: Polity Duration, 1800–2000, in: *American Journal of Political Science* 50, 893-908.
- Ghobarah, H_____ A./Huth, P_____ /Russett, Bruce*, 2003: Civil Wars Kill and Maim People – Long After the Shooting Stops, in: *American Political Science Review* 97, 189-202.
- Gurr, Ted R.*, 1970: *Why Men Rebel*. Princeton.
- Gurr, Ted R.*, 2000: *Peoples versus States: Minorities at Risk in the New Century*. Washington, DC.
- Gurr, Ted R.*, 2007: Minorities, Nationalists, and Islamists. Managing Communal Conflict in the Twenty-First Century, in: *Crocker, Chester/Hampson, Fen Osler/Aall, Pamela* (Hrsg.), *Leashing the Dogs of War. Conflict Management in a Divided World*. Washington, 131-160.
- Harboom, Lotta/Wallensteen, Peter*, 2008: Dyadic Dimension of Armed Conflict, 1946–2007, in: *Journal of Peace Research* 45, 697-710.
- Hasenclever, Andreas/Rittberger, Volker*, 2000: Does Religion Make A Difference? Theoretical Approaches to the Impact of Faith on Political Conflict, in: *Millennium* 29, 641-674.
- Hegre, Håvard/Ellingsen, Tanja/Gates, Scott/Gleditsch, Nils Petter*, 2001: Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816–1992, in: *American Political Science Review* 95, 33-48.
- Hegre, Håvard/Gissinger, R./Gleditsch, Nils Petter*, 2003: Globalization and Internal Conflict, in: *Schneider, Gerald/Barbieri, Kathrin/Gleditsch, Nils Petter* (Hrsg.), *Globalisation and Armed Conflict*. Lanham, MD, 251-275.
- Hegre, Håvard/Sambanis, Nicolas*, 2006: Sensitivity Analysis of Empirical Results on Civil War Onset, in: *Journal of Conflict Resolution* 50, 508-535.
- Horowitz, Donald*, 1985: *Ethnic Groups in Conflict*. Berkeley, CA.
- Huntington, Samuel P.*, 1993: The Clash of Civilizations?, in: *Foreign Affairs* 72, 22-49.
- Huntington, Samuel P.*, 1996: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York.
- Kalyvas, Stathis N.*, 2001: „New“ and „Old“ Civil Wars: A Valid Distinction?, in: *World Politics* 54, 99-118.
- Kaldor, Mary*, 1999: *New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era*. Cambridge.

- Kreuzer, Peter, 2005: Ethnizität als Falle? Der Mehrwert kultureller Perspektiven, in: *Jahn, Egbert/Fischer, Sabine/Sahm, Astrid* (Hrsg.), *Die Zukunft des Friedens. Band 2: Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generation*. Wiesbaden, 291-312.
- Kreuzer, Peter, 2007: Staatsqualität und friedliches Konfliktmanagement in Südostasien, in: *Weiss, Stefani/Schmierer, Joscha* (Hrsg.), *Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung*, Wiesbaden, 200-227.
- Lacina, Bethany A./Gleditsch, Nils Petter, 2005: Monitoring Trends in Global Combat: A New Dataset of Battle Deaths, in: *European Journal of Population* 21, 145-165.
- Lektzian, David/Prins, Brandon C., 2008: Taming the Leviathan: Examining the Impact of External Threat on State Capacity, in: *Journal of Peace Research* 45 (5), 613-631.
- Martin, Pilippel/Mayer, Thierry/Thoenig, Matthias, 2008: Civil War and International Trade, in: *Journal of the European Economic Association* 6, 541-550.
- Miguel, Edward/Satyanath, Shanker/Sergenti, Ernest, 2004: Economic Shocks and Civil Conflict: An Instrumental Variables Approach, in: *Journal of Political Economy* 112, 725-753.
- Münkler, Herfried, 2002: *Die neuen Kriege*. Reinbek.
- Montalvo, Jose G./Reynal-Querol, Marta, 2005: Ethnic Polarization, Potential Conflict and Civil War, in: *American Economic Review* 95, 796-816.
- Østby, Gudrun, 2008: Polarization, Horizontal Inequalities and Violent Civil Conflict, in: *Journal of Peace Research* 45, 143-162.
- Petersen, Roger D., 2002: *Understanding Ethnic Violence. Fear, Hatred, and Resentment in Twentieth-Century Eastern Europe*. Cambridge.
- Plümper, Thomas/Neumayer, Eric, 2006: The Unequal Burden of War: On the Effect of Conflicts on the Gender Gap in Life Expectancy, in: *International Organization* 60, 723-754.
- Posner, Daniel N., 2004: Measuring Ethnic Fractionalization in Africa, in: *American Journal of Political Science* 48, 849-863.
- Powell, Robert, 1999: *In the Shadow of Power: States and Strategies in International Politics*. Princeton, NJ.
- Regan, Patrick M./Aydin, Aysegul, 2006: Diplomacy and Other Forms of Intervention in Civil Wars, in: *Journal of Conflict Resolution* 50, 736-756.
- Reynal-Querol, Marta, 2002: Ethnicity, Political Systems, and Civil Wars, in: *Journal of Conflict Resolution* 46, 29-54.
- Roeder, Philip G., 2003: Clash of Civilizations and the Escalation of Ethnopolitical Conflicts, in: *Comparative Political Studies* 36, 509-540.
- Ross, Michael, 2004: What Do We Know About Natural Resources and Civil War?, in: *Journal of Peace Research* 41, 337-356.
- Rüb, Friedbert W., 2007: Staatlichkeit, Staatszerfall, „künstliche Staaten“ und Staatsbildung. Konzeptionelle Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des Staates aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: *Beisheim, Marianne/Schuppert, Gunnar Folke* (Hrsg.), *Staatszerfall und Governance*. Baden-Baden, 28-56.
- Schlichte, Klaus, 2006: Staatsbildung oder Staatszerfall? Zum Formwandel kriegerischer Gewalt in der Weltgesellschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift* 47, 547-570.
- Schneekener, Ulrich, 2004: States at Risk-Zur Analyse fragiler Staatlichkeit, in: *Schneekener, Ulrich* (Hrsg.), *States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem*. SWP-Studie, 43/04.
- Schneider, Gerald, 2009: Economics and Conflict, in: *Diehl, Paul/Morrow, James D.* (Hrsg.), *ISA Compendium, Scientific Study of International Processes.. Oxford* (forthcoming).
- Schneider, Gerald/Schulze, Günther, 2003: The Domestic Roots of Commercial Liberalism: A Sector-Specific Approach, in: *Schneider, Gerald/Barbieri, Katherine/Gleditsch, Nils Petter* (Hrsg.), *Globalisation and Armed Conflict*. Lanham, MD, 103-122.
- Schneider, Gerald/Schulze, Günther, 2008: *Trade and Conflict: A Restatement*. Unpublished manuscript.
- Schneider, Gerald/Wiesehomeier, Nina, 2008: Rules that Matter: Diversity, Institutions and Civil War, in: *Journal of Peace Research* 45, 183-203.
- Snyder, Richard/Bhavnani, Ravi, 2005: Diamonds, Blood, and Taxes, in: *Journal of Conflict Resolution* 49, 563-597.

- Spanger, Hans-Joachim*, 2005: Die ordnungspolitische Herausforderung des Staatszerfalls, in: *Jahn, Egbert/Fischer, Sabine/Sahm, Astrid* (Hrsg.), *Die Zukunft des Friedens. Band 2: Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generation*. Wiesbaden, 213-233.
- Steinberg, David A./Saideman, Stephen M.*, 2008: Laissez Faire: Assessing the Impact of Government Involvement in the Economy on Ethnic Violence, in: *International Studies Quarterly* 52, 235-259.
- Stewart, Frances*, 2005: Groups and Capabilities, in: *Journal of Human Development* 6, 185-204.
- Stewart, Frances/Brown, Graham*, 2007: Motivations for Conflict. Groups and Individuals, in: *Crocker, Chester/Hampson, Fen Osler/Aall, Pamela* (Hrsg.), *Leashing the Dogs of War. Conflict Management in a Divided World*. Washington, 219-241.
- Tusicisny, Andrej*, 2004: Civilizational Conflicts: More Frequent, Longer, and Bloodier?, in: *Journal of Peace Research* 41, 485-498.
- Vreeland, James R.*, 2008: The Effect of Political Regime on Civil War: Unpacking Anocracy, in: *Journal of Conflict Resolution* 52, 401-425.
- Wagner, Harrison*, 2007: *War and the State: The Theory of International Politics*. Ann Arbor.
- Wimmer, Andreas*, 2002: *Nationalist Exclusion and Ethnic Conflict. Shadows of Modernity*. Cambridge.
- Wimmer, Andreas*, 2004: Introduction: Facing Ethnic Conflicts, in: *Wimmer, Andreas et al.* (Hrsg.), *Facing Ethnic Conflicts: Towards a New Realism*. Lanham, MD, 1-20.
- Wimmer, Andreas*, 2008: The Making and Unmaking of Ethnic Boundaries. A Multi-level Process Theory, in: *American Journal of Sociology* 113, 970-1022.
- Wimmer, Andreas/Cedermann, Lars-Erik/Min, Brian*, 2009: Ethnic Politics and Armed Conflict. A Configurational Analysis of a New Global Dataset, in: *American Sociological Review* (forthcoming).
- Wolff, Stefan*, 2006: *Ethnic Conflict. A Global Perspective*. Oxford.
- Zürcher, Christoph*, 2007: When Governance meets Troubled States, in: *Beisheim, Marianne/Schuppert, Gunnar Folke* (Hrsg.), *Staatszerfall und Governance*. Baden-Baden, 11-27.